



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

„Erneuerbare Energien: Regionale Potentiale, Forschung und Zukunftsperspektiven“



Parlamentarische Enquete des Bundesrates

Mittwoch, 11. Juni 2014

(Stenographisches Protokoll)

Parlamentarische Enquete des Bundesrates

Mittwoch, 11. Juni 2014

(XXV. Gesetzgebungsperiode des Nationalrates)

Thema

„Erneuerbare Energien: Regionale Potentiale, Forschung und Zukunftsperspektiven“

Dauer der Enquete

Mittwoch, 11. Juni 2014: 11.09 – 14.02 Uhr

Tagesordnung

I. Eröffnung

Präsident des Bundesrates Michael Lampel

II. Einleitungsreferate

Dr. Reinhold Mitterlehner, Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft

Doris Bures, Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie

III. Panel & Diskussion

Panel:

Dipl.-Ing. Johann Binder, Geschäftsführer der Burgenländischen Energieagentur

Ing. Wolfgang Neumann, Gründer Energy Globe Award

Dipl.-Ing. Theresia Vogel, Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds

Bundesrat Dr. Magnus Brunner, LL.M, Vorstand Ökostromabwicklungsstelle

Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer, Wirtschaftskammer

Mag. Silvia Angelo, Leiterin der Wirtschaftspolitischen Abteilung der AK Wien

Dr. Fritz Binder-Krieglstein, Geschäftsführer Renewable Energies Consulting

Herbert Stava, Vorstandsvorsitzender des Energieparks Bruck/Leitha

Diskussion

Inhalt

I. Eröffnung

Vorsitzender Präsident Michael Lampel 3

II. Einleitungsreferate

Bundesminister Dr. Reinhold Mitterlehner	5
Bundesministerin Doris Bures	10

III. Panel & Diskussion**Panel**

Dipl.-Ing. Johann Binder	14
Ing. Wolfgang Neumann	16
Dipl.-Ing. Theresia Vogel	18
Bundesrat Dr. Magnus Brunner, LL.M	21
Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer	23
Mag. Silvia Angelo	26
Dr. Fritz Binder-Krieglstein	28
Herbert Stava	30

Diskussion

Bundesrat Stefan Schennach	32
Abg. Dipl.-Ing. Gerhard Deimek	33
Doris Hammermüller	34
Abg. Matthias Köchl	35
Dr. Štefan Merkač	36
Dipl.-Ing. Stephan Oblasser	37
Dipl.-Ing Helmut Weinhardt	37
Mag. Stefan Moidl	38
Anton Mattle	39
Ulrike Schwarz	40
Hofrat Dipl.-Ing. Peter Obricht	41
Mag. Erwin Mayer	42
Abg. Mag. Christiane Brunner	44
Bundesrat Ferdinand Tiefnig	45
Dr. Martina Schuster	46

Schlussworte

Vorsitzender Präsident Michael Lampel	46
--	----

Beginn der Enquete: 11.09 Uhr

Vorsitzende: *Präsident des Bundesrates Michael Lampel, Vizepräsident des Bundesrates Mag. Harald Himmer.*

I. Eröffnung

11.08

Vorsitzender Präsident Michael Lampel: Sehr geschätzte Damen und Herren! Ich **eröffne** die Enquete des Bundesrates zum Thema „**Erneuerbare Energien: Regionale Potentiale, Forschung und Zukunftsperspektiven**“ und danke Ihnen, dass Sie der Einladung so zahlreich gefolgt sind.

Ich begrüße alle Anwesenden sehr herzlich. Mein besonderer Gruß gilt Frau Bundesministerin Doris Bures und Herrn Bundesminister Reinhold Mitterlehner sowie den Referentinnen und Referenten: Frau Mag. Silvia Angelo, Leiterin der Wirtschaftspolitischen Abteilung der AK Wien, Herrn Dipl.-Ing. Johann Binder, Geschäftsführer der Burgenländischen Energieagentur, Herrn Dr. Fritz Binder-Krieglstein, Geschäftsführer von Renewable Energies Consulting, Herrn Dr. Magnus Brunner, Vorstand der Ökostromabwicklungsstelle, Herrn Ing. Wolfgang Neumann, Gründer des Energy Global Award, Herrn Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer, Wirtschaftskammer Österreich, Herrn Herbert Stava, Vorstandsvorsitzender des Energieparks Bruck an der Leitha, und Frau Dipl.-Ing. Theresia Vogel, Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds.

Weiters begrüße ich ganz herzlich Herrn Landtagspräsidenten Kommerzialrat Viktor Sigl aus Oberösterreich sowie Herrn Dritten Landtagspräsidenten Werner Breithuber aus der Steiermark. (*Beifall.*)

Darüber hinaus begrüße ich sehr herzlich alle Mitglieder des Bundesrates, des Nationalrates und der Landtage, den Vertreter des Bundeskanzleramtes und die Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Bundesministerien sowie alle von den jeweiligen Institutionen namhaft gemachten Vertreterinnen und Vertreter, die als Expertinnen und Experten an der heutigen Enquete teilnehmen. Im Besonderen heiße ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Medien herzlich willkommen.

Ferner begrüße ich alle Zuschauerinnen und Zuschauer, die die heutige Enquete entweder hier oder via Livestream verfolgen.

Ich bitte die diskussionsberechtigten Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich jeweils mit den vorgedruckten Karten in den Tagungsmappen schriftlich anzumelden, wenn sie an der Diskussion teilnehmen wollen, und diese den Mitarbeitern an meiner linken Seite zu übergeben. Ihre Frage beziehungsweise Wortmeldung wird in eine Rednerliste aufgenommen, Ihr Redebeitrag soll die Dauer von 3 Minuten nicht überschreiten. Ich ersuche Sie somit, die Redezeit einzuhalten.

Noch einige technische und praktische Hinweise: Über die heutige Enquete wird ein Stenographisches Protokoll verfasst, das in einiger Zeit im Internet unter www.parlament.gv.at abrufbar sein wird. Ich ersuche alle, also sowohl die Referentinnen und Referenten als auch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Diskussion, vom Rednerpult aus zu sprechen, mit Ausnahme der beiden Minister.

Erfrischungen sind im Vorraum hergerichtet.

Vorsitzender Präsident Michael Lampel

Sehr geschätzte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Bundesministerin! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es freut mich sehr, dass wir heute diese Parlamentarische Enquete hier im Bundesrat abhalten können. Ich danke der Frau Bundesministerin und dem Herrn Bundesminister. Ich danke den Experten, den Referentinnen und den Referenten, dass sie meiner Einladung gefolgt sind und heute an dieser Enquete, die sich einem ganz wichtigen Zukunftsthema widmet, teilnehmen.

Der Ländervorsitz des Burgenlandes im ersten Halbjahr 2014 steht unter dem Motto „Starke Regionen – unsere Zukunft!“. Und gerade das Thema erneuerbare Energie steht in einem engen Zusammenhang mit den Chancen und Entwicklungspotenzialen der Länder und Regionen. Das Burgenland bietet ein gutes Beispiel dafür. Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren bei der Nutzung erneuerbarer Energie zu einer Modellregion entwickelt. Und das ist auch der Grund, warum ich dieses Thema zu einem Schwerpunkt des burgenländischen Vorsitzes im Bundesrat gemacht habe.

Im Jahre 2013 ist es uns im Burgenland gelungen, rechnerisch erstmalig mehr als 100 Prozent unseres Stroms selbst aus erneuerbarer Energie, vorwiegend Windkraft, abzudecken. 2013 war im Burgenland das Jahr der Energiewende bei der Stromversorgung. Das war nur möglich, weil wir schon früh die Chancen und Potenziale, aber auch die Notwendigkeit neuer Wege in der Energieversorgung erkannt haben, beginnend im Jahr 1997 mit dem ersten Windpark in Zurndorf über das Rahmenkonzept, mit dem Eignungszonen ausgewiesen wurden, und die Ausbauoffensive bis hin zur Erreichung der Stromautarkie.

Das Burgenland hat mit dieser Entwicklung unter Beweis gestellt, wie wir regionale Stärken und Potenziale nützen können. Das ist der Weg der Nachhaltigkeit, eines wirtschaftlichen Wachstums, nicht auf Kosten, sondern im Einklang mit dem Umwelt- und Klimaschutz. Der Einsparung von CO₂-Emissionen stehen neue Arbeits- und Ausbildungsplätze, Investitionen, Wertschöpfung und Forschungsaktivitäten in der Region gegenüber.

Diesen erfolgreichen Weg wollen wir auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Die Energiestrategie des Burgenlands sieht vor, dass bis 2020 50 Prozent des gesamten Energiebedarfs aus erneuerbarer Energie abgedeckt werden. Bis 2050 sollen es 100 Prozent sein. Erreichen wollen wir das durch eine effektive Nutzung von Windkraft, Photovoltaik und Biomasse, durch die Steigerung von Energieeffizienz und den Einsatz neuester Technologien. Ich bin zuversichtlich, dass wir diese Ziele auch erreichen können.

Nicht nur das Burgenland, sondern ganz Österreich hat enormes Potenzial bei der Nutzung erneuerbarer Energien. Die Anstrengungen und Leistungen Österreichs, der Länder und der Gemeinden, der Unternehmen und Institutionen in dieser Frage verdienen Anerkennung. Die heutige Enquete soll einen Beitrag dazu leisten, dass weitere Potenziale und Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden.

Hermann Scheer hat in seinem Buch „Energieautonomie“ geschrieben: „Der Wechsel zu erneuerbaren Energien ist ein Wettlauf mit der Zeit – aus ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen.“

In diesem Sinne ist zu wünschen, dass dieser Wettlauf gewonnen und vielleicht auch mit der heutigen Enquete ein kleiner Beitrag dazu geleistet werden kann.

11.15

II. Einleitungsreferate

Vorsitzender Präsident Michael Lampel: Ich darf nun Herrn Bundesminister Dr. Mittellehner und im Anschluss daran Frau Bundesministerin Bures um ihre Einleitungsstatements ersuchen.

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner

11.15

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner: Herr Präsident! Frau Kollegin Bures! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass diese Enquete heute stattfindet, glaube, dass das ein sehr wichtiges Thema ist, was erneuerbare Energie anlangt, und möchte, bevor ich mich mit den konkreten Inhalten, was die Zukunftsperspektiven anbelangt, beschäftige, darauf eingehen, was aus meiner Sicht wichtig ist im Gesamtkontext gesehen zu werden.

Das Thema Energiewende ist gerade in der Einleitung des Herrn Präsidenten angesprochen worden. Rund um das Thema Energiewende sehe ich aus meiner Sicht ein paar Klärungsnotwendigkeiten, denn manche Leute verstehen unter Energiewende den Atomausstieg von verschiedenen Staaten, aber auch dortigen Energieträgern und -produzenten aus dem Bereich der Nuklearenergie, wie etwa Deutschland und andere. – Das verstehen wir nicht als Energiewende. Das ist ein subjektiver Begriff, der sich vor allem in Deutschland eingebürgert hat.

Das Zweite ist, dass verschiedene Organisationen mit Energiewende einen Ausstieg aus der fossilen Energie verbinden. Auch das ist ein Begriff, der durchaus gängig ist, aber jetzt auch nicht im Zentrum der Überlegungen steht.

Ich würde sagen, das, was wir immer mit Energiewende in Zusammenhang bringen, sind die drei 20-Ziele der EU bis 2020, was im Endeffekt bedeutet, dass wir bis zum Jahr 2020 20 Prozent weniger CO₂, 20 Prozent mehr erneuerbare Energie und 20 Prozent mehr Energieeffizienz haben sollen, wobei klar ist, dass im Jahr 2020 nicht das Ende der Fahnenstange erreicht sein wird, sondern dieses Thema weiter behandelt werden wird.

Die EU diskutiert ja auf der Ebene der Regierungschefs, aber auch auf Kommissionsebene die Fortführung der Zielsetzungen 2030 und darüber hinaus, weil natürlich die getroffenen Maßnahmen einmal wirken, aber natürlich auch weitere Ziele gesetzt werden müssen.

Das heißt, das ist der eine Aspekt, wobei man einmal fragen muss: Wie weit sind wir da momentan, was die Umsetzung anbelangt? Wir haben ja mittlerweile das Jahr 2014. Da scheint es so zu sein, dass wir das CO₂-Ziel erreichen, teilweise kann man auch sagen erleiden werden, denn es wird bei allen Energiestrategien natürlich auch ein bestimmtes Wirtschaftswachstum angenommen, das wir teilweise nicht erreichen werden. Das heißt, bedingt durch die Wirtschaftskrise haben wir eine Entwicklung, die CO₂-mäßig so aussieht, dass die 2020-Ziele mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit erreicht werden können.

Was das Thema erneuerbare Energie anlangt, und da werde ich gleich im Konkreten darauf eingehen, schaut es so aus, dass wir dort noch besser unterwegs sind. Unter den drei Zielen ist dieses wahrscheinlich das attraktivste Ziel, weil jeder Bürger, aber auch Gruppen, Vereine glauben, mit ihrer Anlage, Photovoltaik, Windrad, was auch immer, einen entsprechenden Beitrag zu leisten, um dieses Ziel zu erreichen, ja nicht nur glauben, sondern dies auch tun.

Das heißt, wir werden wahrscheinlich in Gesamteuropa auch dieses Ziel 20 Prozent mehr erneuerbare Energie mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit im Jahr 2020 erreichen, wahrscheinlich sogar übertreffen.

Das dritte Ziel hat weitaus weniger Attraktivität, obwohl es eigentlich naheliegend wäre, das ist das Thema Energieeffizienz, denn im Endeffekt, wenn ich jetzt auch seitens der Wirtschaft darüber klage, dass die Amerikaner und andere wesentlich günstigere Kosten haben bei Erdgas und auch bei Öl, müsste ich ja, wenn ich das durch eigene Förderung nicht erreichen kann, einem anderen Thema noch größere Aufmerksamkeit widmen, das heißt, mit vorhandenen und eingesetzten Ressourcen möglichst effizient umgehen. Daher bin ich dort automatisch beim Thema Energieeffizienz.

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner

Das Thema hat einen Nachteil, weil ich ja nicht nur damit über die Runden komme, dass ich Anreize setze, sondern auch über Standards diskutiere. In dem Augenblick, in dem Sie in Österreich Standards setzen, das heißt, jemand soll oder muss etwas tun, gibt es eine ganz andere Auffassung, eine ganz andere Bereitschaft, da entsprechend mitzugehen.

Mit folgendem Thema möchte ich abschließen, dem Thema Energieeffizienzrichtlinie und deren Umsetzung. Wo liegen, was die Stärken anlangt, die Herausforderungen? Wie sehen wir das als zuständiges Ministerium, durchaus in Kooperation mit den Bundesländern? – Wobei vielleicht noch eines klargestellt werden sollte, was manche vergessen: Manche glauben, dass wir, was unsere Gesamtenergiesituation betrifft, keine Unterschiede zwischen Energieverbrauch und Strom haben. Sie wissen das, aber ich sage es trotzdem: Ungefähr 20 Prozent des jährlichen Energieverbrauchs in Österreich ist Strom, salopp gesprochen. Daher gibt es bei Strom die Konstellation, dass jetzt schon aufgrund unserer geographischen und topographischen Situation erneuerbare Energie vorrangig durch Wasser abgedeckt werden kann: Also zu etwa 66 und mehr Prozent haben wir bei Strom jetzt schon erneuerbare Energie.

Aber was den Gesamtverbrauch anlangt, sind wir derzeit bei einer Konstellation von etwa 32 Prozentpunkten. Das heißt, Sie müssen immer unterscheiden zwischen dem Gesamtenergieverbrauch, wo Sie auch die gesamte Wirtschaft und vor allem auch den Verkehr, den Individualverkehr und den Berufsverkehr dabei haben. Das ist ein Unterschied. Wenn jemand also salopp sagt, wir werden schnell alles auf erneuerbare Energie umstellen können, was den Gesamtenergieverbrauch anbelangt, dann muss man auf die beiden gravierenden Unterschiede aufpassen. Man hat nämlich auch bestimmte Produktionsvorgänge in der Industrie, etwa bei der Stahlproduktion, wo man nicht mit Strom arbeiten kann, sondern wo man auf Gas, auf Erdgas angewiesen ist. (*Ruf: Koks!*)

Aber beim Produktionsprozess, was die Kokserzeugung anbelangt, ist man auf Erdgas angewiesen, und das kann noch nicht ersetzt werden. Bei anderen Industriezweigen ist es das Gleiche.

Unser gutes Ökostromgesetz wird auch manchmal kritisiert: Ist es das Maß aller Dinge? – Ist es natürlich nicht, alles ist entwickelbar. Aber im Endeffekt haben wir ein besseres Ökostromgesetz umgesetzt als Deutschland, das nicht zu den Verwerfungen auf dem Markt führt, wie wir sie in Deutschland gerade erleben. Ich war am Freitag bei meinem Amtskollegen Gabriel. Die Deutschen machen gerade eine Novellierung des EEG, weil sie dort große Verwerfungen haben. Im Klartext: Sie produzieren Strom. Wenn sie ihn nicht brauchen, liefern sie ihn teilweise gratis nach Polen, nach Tschechien, teilweise auch nach Österreich, und im Winter müssen sie dann, weil sie zu wenig Strom haben, über unsere Pumpspeicher – freut uns sehr – entsprechende Lieferungen in Kauf nehmen, was wiederum der deutsche Kunde bezahlt. Daher hat Deutschland einen im Vergleich zu uns relativ hohen Strompreis.

Ich habe das Jahr 2012 schon angesprochen, wir hatten damals schon 32 Prozent, sind jetzt weiter auf einem guten Weg und werden in Richtung der 34 Prozentpunkte bis zum Jahr 2020 keinerlei Probleme haben. Wir werden das Ziel überreichen. Ich glaube nicht, dass man sagen kann, wir haben uns da vorher schon warm angezogen und praktisch nach dem Motto „Wir wissen, das werden wir erreichen“ niedrige Ziele angenommen. Wir haben wirklich viel in diesem Bereich gemacht. Was diese wahrscheinlich knapp 35 Prozentpunkte anbelangt, liegen wir damit im EU-Vergleich an vierter Stelle hinter Schweden, Lettland und Finnland.

Was noch nicht angesprochen worden ist, ist natürlich, dass erneuerbare Energien auch ein ganz wichtiger wirtschaftlicher – der Herr Vorsitzende hat es angesprochen –, regionalwirtschaftlicher Faktor sind. Diese Meinung teile ich voll. Wir haben nach der

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner

Wirtschaftskrise eine Entwicklung weg vom Bereich der normalen Investmentgüter wie auch im automotiven Bereich hin zu Green Technology. Das heißt im Klartext, wer dort etwas anbietet, wer dort produziert, wird im Ausland Erfolg haben – das haben wir auch, was Kraftwerke und andere Komponenten anbelangt –, aber auch im Inland vor allem im Regionalbereich eine Wertschöpfungsmöglichkeit sehen können.

Wir hatten im Bereich der erneuerbaren Energie, bezogen auf das Jahr 2012, was die Technologien anbelangt, einen Umsatz von 14 Milliarden €. Wir haben da 42 000 Beschäftigte allein in Österreich. Der gesamte Bereich umweltorientierter Produktion und Dienstleistungen hatte 2012 laut Statistik Austria einen Umsatz von 35,8 Milliarden € und umfasste 173 000 Beschäftigte.

Wir liegen auch, was den Technologiefaktor anbelangt, besser als im sonstigen wirtschaftlichen Bereich. Österreich ist im Innovation Scoreboard an zehnter Stelle. Im Bereich von Eco-Innovation liegen wir etwas besser, nämlich im Scoreboard der EU an neunter Stelle. Bei den Patenten, bei wissenschaftlichen Publikationen und bei der Berichterstattung in den elektronischen Medien liegen wir sogar auf dem vierten Platz. Das heißt, da sind wir eigentlich von der Tendenz, was unser Marketing anbelangt, gut aufgestellt, was die Technologie anbelangt, im durchaus positiven Spitzenfeld, aber natürlich in Richtung Innovation Leader durchaus noch steigerungsfähig, auch mit Luft nach oben.

Ich habe es schon angesprochen: Aufgrund der geographischen und topographischen Situation sind die Wasserkraftressourcen unsere große Reserve und unsere große Komponente, um hier auch international weiter erfolgreich zu sein. Wir liegen laut einem Vergleich der Internationalen Energieagentur bei der Stromproduktion aus erneuerbaren Energien weltweit an der zweiten Stelle hinter Norwegen. Wir haben natürlich auch mit unseren Pumpspeicherkraftwerken eine Potenzialsituation, gerade als grüne Reservebatterie, wenn kein Wind weht, wenn keine Sonne scheint und wenn die Kapazitäten für Speicherung noch nicht gegeben sind, entsprechend zu reüssieren. Das wird uns einige Jahre durchaus helfen.

Wir haben aber auch in Deutschland die Diskussion über Kapazitätsmärkte bemerkt, also das Problem, wenn eben keine Sonne scheint und kein Wind weht, dann müssen die Deutschen die Kapazitäten haben, um die Leistung und Versorgung sicherzustellen. Da muss man praktisch Gaskraftwerke, Kohlekraftwerke in Reserve halten, diese teilweise auch fördern. Da hatten wir die Idee, ob wir nicht zwischen Italien, Österreich, der Schweiz und unter Einbeziehung von Liechtenstein – das ist aber nur ein kleiner Faktor – eine Optimierung erzielen können. Wenn man sich da zusammenschließt, braucht nicht jeder allein etwas zu unternehmen. Das werden wir in nächster Zeit prüfen, damit auch Kapazitäten reduzieren können, weil es natürlich günstiger kommt.

Man merkt es auch an den Herausforderungen, gerade jetzt beim VERBUND. Der VERBUND kann aufgrund der Strompreissituation und aufgrund der allgemeinen Entwicklung auf der einen Seite teilweise nicht mehr die Performance und die Rendite darstellen und daher keine Zukunftsinvestitionen machen. Auf der anderen Seite muss man dann auch Kraftwerke, die gerade neu errichtet wurden, wie das Gaskraftwerk Mellach, entsprechend einmotten, was auch nicht unbedingt optimal ist, um es positiv zu formulieren.

Wir haben – das haben Sie ja bemerkt – eine Relation auf dem Markt, die man mit „Verwerfung“ bezeichnen kann: einerseits zu viel Strom auf dem Markt, andererseits niedrige Großhandelspreise, die aber von den einzelnen Firmen nicht unbedingt sofort weitergegeben werden, weil man mit Vorhaltekosten, mit Versorgungskosten, teilweise auch mit Abschreibungen konfrontiert ist. Diese Problematik wird sich daher wahrscheinlich noch über einige Jahre fortsetzen. Wir sind bemüht, da die europäische Ko-

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner

ordination zu erhöhen – Sie haben vorhin das Beispiel bei den Kapazitätsmärkten gehört –, weil man dann natürlich auch einigermaßen optimal agieren kann.

Man sieht das auch an den Auswirkungen. Deutschland, immer so gelobt für sein EEG, hat momentan das Problem, dass der Kunde 218 € im Jahr allein an Kosten zahlt, die er für Ökostrom aufwenden muss. Für die EEG-Umlage in Österreich zahlen wir laut E-Control 80 €. Aber auch diese 80 €, die scheinbar wenig sind, werden überall von den Haushalten hinterfragt. Ich nehme an, mit Smart Meter und anderen Methoden wird man auch da eine andere Entwicklung, was das Kostenbewusstsein anbelangt, bei den Haushalten haben als jetzt. Ich weiß nicht, ob es Ihnen aufgefallen ist: Wenn man den Strompreis erhöht, gibt es kaum eine Diskussion, weil viele bereits sagen, mit der erneuerbaren Energie oder in anderem Zusammenhang tragen wir das mit. Aber mit den Zuschlägen und anderen Messmethoden wird das natürlich auch zu einer Diskussion führen.

Gerade weil auch Windenergie- und Photovoltaik-Vertreter anwesend sind: Es gibt einen Erfolg, was die Marktreife von erneuerbarer Energie anlangt, denn im Endeffekt war das nicht ein Fördermodell, das darauf ausgerichtet ist, dass der Antragsteller ein Einkommen hat, sondern die Idee von Ökostrom- und erneuerbarer Energie-Förderung ist, mit der Förderung einen Technologiefortschritt zu erzielen und dann die Netzparität und die Marktreife zu erreichen.

Das heißt im Klartext: Bei Photovoltaik sind die Modulpreise so weit gefallen, dass die Anlagen bei genügendem Eigenverbrauch bereits wirtschaftlich sind. Da ist das Stichwort „Eigenverbrauch und Netze“. Darüber werden wir wahrscheinlich heute auch noch diskutieren, das ist ein entscheidender Punkt. Und wir haben die Netzparität in diesem Bereich eben schon erreicht. Die Amortisationszeiten liegen schon deutlich unter zehn Jahren, die Lebenserwartung der Anlagen liegt aber schon deutlich über 20 Jahren. Also ich finde, wir entwickeln uns gerade in diesem Bereich ausgesprochen gut.

Bei der Windkraft haben wir in Österreich ein Potenzial von zusätzlichen 1 000 Megawatt, wir haben da sehr stark ausgebaut, manche gehen sogar von der doppelten Größenordnung aus. Ich sage aber ganz offen, da gibt es in der Bevölkerung teilweise bestimmten Widerstand, weil gesellschaftspolitische Aspekte wie Akzeptanz und anderes mitspielen.

Teilweise regeln die Länder dann ja auch die weitere Entwicklung. Im Endeffekt stellt der Ausgleich jede Gemeinde, jedes Bundesland vor entsprechende Herausforderungen, da eben die entsprechende Balance zu finden.

Ich habe vorhin auch den Netzausbau angesprochen. Der Netzausbau und die Planung der jeweiligen Kapazitäten werden in Zukunft die große Schwierigkeit sein, je mehr wir es ausbauen. Daher werden wir da überlegen – Stichwort „intelligente Netze“ und auch ein paar andere Punkte –, wie man das Problem in den Griff bekommen kann. Das ist eine große Herausforderung, auch was die Förderungen anbelangt.

Stichwort Förderungen. Bei den Förderungen haben wir jetzt die neuen Beihilfe-Richtlinien der EU. Das wird auch manchmal mit dem Irrtum verquickt, wir müssen jetzt das Ökostromgesetz sofort abschaffen. – Das ist alles falsch. Wir haben die Möglichkeit, dass wir das Regime des Ökostromgesetzes unverändert fortführen. Das ist so lange möglich, solange wir die bestehenden Regelungen nicht in ihren Kernelementen ändern. Jetzt kann man über Kernelemente diskutieren, es wird immer der Deckel in Frage gestellt, die Vergabemethode in Frage gestellt. Es ist natürlich auch für uns nicht zufriedenstellend, wenn 4 Prozent der Antragsteller 40 Prozent des Photovoltaikkontingents auf einen Schlag blockieren. Aber im Endeffekt muss man auch da mit entsprechenden anderen Methoden sicherstellen, dass wir einerseits eine möglichst breite Verteilung haben, aber andererseits auch die Kosten nicht überreizen.

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner

Wir haben im Mai einen Stakeholder-Workshop abgehalten, wir werden dies fortsetzen, um eine mit den Branchenvertretern gemeinsame Regelung zu erreichen, wie immer das Thema mit der Branche akkordiert ist. Das heißt, wir wollen die Technologien zügig an den Markt heranführen, wie eigentlich auch intendiert, aber auch die Förderungen und das Förderungssystem möglichst effizient gestalten, damit wir einerseits für den Kunden die Kosten so gering wie möglich halten und andererseits auch keine Wettbewerbsverzerrung haben, was die Anbieter insgesamt anbelangt.

Was ich noch erwähnen möchte, ist die dritte Komponente in diesem Gesamtsystem, das ist die Nachhaltigkeit, auch was die Energieversorgung durch die Absicherung mit Energieeffizienz anbelangt. Alles, was wir nicht verbrauchen, das brauchen wir letztlich auch nicht zu erzeugen und nicht bereitzustellen. Daher: Wenn man in der Input-Output-Relation Verbesserungen erzielt, dann ist das eigentlich ein großer Fortschritt.

Ich darf es noch einmal wiederholen; manche Leute verstehen das falsch und glauben, dass mit dem Energieeffizienzgesetz, wie es auch die EU vorsieht, die Lieferanten eine Aufgabe übernehmen müssen, nämlich dass der Kunde effizienter arbeitet. Das wäre der Hinweis, der Lieferant müsste den Umsatz senken. – Das ist falsch. Der Lieferant muss in der Input-Output-Relation entsprechende Möglichkeiten wahrnehmen, um sozusagen mit dem Strom wirklich effizient umzugehen.

Das heißt im Klartext, er wird als Lieferant nicht nur liefern müssen, auf Angebot und Nachfrage hin, sondern auch eine Dienstleistung anbieten müssen. Das geht auf der einen Seite über Managementsysteme, wie es die Energie AG Oberösterreich jetzt schon macht, aber auch so, wie es der Herr Neumann und seine Firma anbieten, wo man einfach fragt: Wie kann man optimierend vorgehen? Und auf der anderen Seite hat man auch eine Geräteoptimierung. Wenn man, wie in Oberösterreich üblich, mit Gutscheinen dieses oder jenes ankauft, dann hat man neuere, bessere Geräte und damit eine bessere Systematik.

Insgesamt ist das alles nicht darauf ausgerichtet, dass wir, wie manchmal kolportiert, nur noch Kosten haben. Das wäre widersinnig, wäre eine Idiotie. Natürlich werden wir nach einem Ablauf von einigen Jahren – wir rechnen damit, dass wir in fünf, sechs Jahren über dem Berg sein sollten und sich das rechnen muss; im Prinzip ist eine Amortisation in sechs, sieben Jahren eine großartige Sache – auch einen Gewinn haben, was die Effizienz anbelangt, makroökonomisch, also gesamtwirtschaftlich, aber auch mikroökonomisch. Das muss sich für den Betroffenen jeweils rechnen und darf nicht nur eine Kostenbelastung sein.

Es stehen verschiedene Zahlen im Raum. Der eine sagt 200 Millionen €, der andere 400 Millionen €. Da ist niemals gegengerechnet, was der Nutzen in diesem Zusammenhang ist. Wir werden das im Zuge der Umsetzung auch noch klarstellen.

Wir dürfen aber auch nicht auf die thermische Sanierung, auf die Wohnbauförderung, auf die strategischen Maßnahmen vergessen. Wir haben in diesem Bereich mit dem jetzt vorliegenden Entwurf gesichert, dass das alles auch angerechnet wird. Wir wollen uns das Leben nicht schwerer machen als ohnehin notwendig. Dort sehen wir auch gute Entwicklungsmöglichkeiten. Wir können aber nicht über alles, was wir jetzt tun, schon eine Zielscheibe malen und sagen: Volltreffer, alles erreicht, alles wunderbar geklappt, kein Problem!, sondern wir müssen, auf die Zukunft ausgerichtet, immer Input und Output in der entsprechenden Relation haben.

Das heißt im Klartext zusammengefasst: Wir werden auch in nächster Zukunft – Sie vergessen bitte nicht auf die Relation Strom und Gesamtverbrauch – auf fossile Bestandteile nicht verzichten können. Natürlich wollen wir diese reduzieren, aber da steht auch ein entsprechender Sektor mit vielen Arbeitsplätzen dahinter. Das muss systematisch gehen, das muss Chancen und nicht nur Gefahren ermöglichen.

Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft Dr. Reinhold Mitterlehner

Wir werden mit dem kontinuierlichen Ausbau der erneuerbaren Energien und den passenden Rahmenbedingungen Zukunftschancen für unsere Wirtschaft erweitern, aber auch Möglichkeiten für die einzelnen Anbieter schaffen, hier noch bessere Vorteile zu lukrieren, als das in der Vergangenheit der Fall war, und vor allem die regionale Wert schöpfung zu erhöhen.

Ich warne aber auch vor einem, was manchmal vergessen wird. Wenn wir jetzt ein Ziel annehmen, auch im Rahmen der Klima- und Energiezieldiskussion auf EU-Ebene, und sagen: Nein, die 30 Prozent, die sich die EU als Ziel setzt, sind für uns noch nicht angenehm und wichtig genug, wir setzen es noch höher hinauf, nämlich als EU-Ziel, und das ist ein Ziel für die Mitgliedstaaten, dann heißt das für uns umgerechnet 45 Prozent. Und da sehe ich dann schon Probleme, weil das genau in den Bereich der Einschränkungen hineingeht. Das kann man nicht mehr ohne Einschränkung der Mobilität und ohne Beeinträchtigung der Betriebe so ohne Weiteres durchführen.

Daher auch da: Vorsicht! Bleiben wir im Rahmen des Realistischen! Ich halte die Dinge, die wir jetzt machen, für durchaus steuerbar und finanzierbar und glaube, dass wir auch gut aufgestellt sind, was die Technologie anbelangt. Das wird in etwa die Entwicklungschance für die Zukunft sein.

Vielen Dank für die Möglichkeit, diesen Gesamtrahmen auch darzustellen. *(Beifall.)*
11.37

Vorsitzender Präsident Michael Lampel: Vielen Dank für die Ausführungen, Herr Bundesminister.

Ich darf jetzt Frau Bundesministerin Bures um ihre Ausführungen bitten.

11.37

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Doris Bures: Herr Präsident des Bundesrates! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eingangs Gratulation dazu, dass Sie ein so wesentliches Thema auf die Tagesordnung gesetzt haben und auch so viele Teilnehmer gekommen sind. Das zeigt das Interesse an diesem Thema. Es gehört zweifelsohne zu den Zukunftsthemen.

Mich persönlich hat das Thema Energie sehr geprägt, es hat auch massive Auswirkungen auf mein Leben gehabt, weil ich politisch in der Anti-AKW-Bewegung begonnen habe, daher auch dort mein politisches Interesse begonnen hat und daher Energiepolitik mit meinem Werdegang in einem engen Zusammenhang steht. Ich sage das auch deshalb, weil ich davon überzeugt bin, dass Energiesysteme einen massiven Einfluss auf uns alle haben. Sie haben einen Einfluss darauf, wie wir wohnen, wie wir arbeiten, sie haben einen Einfluss darauf, wie wir uns fortbewegen; also in Wirklichkeit hat das mit unserem Leben ganz, ganz viel zu tun.

Erlauben Sie mir, das ein bisschen zu verdeutlichen, indem man einen Blick zurück macht und zwei Generationen zurückschaut. Die Generation unserer Großeltern lebte sozusagen noch vor der Zeit von Gas und Öl im Zeitalter der Kohle. Sie hatten natürlich ganz andere Lebensbedingungen. Die Wohnungen waren im Schnitt nicht über 16 Grad geheizt, die Ressource Kohle war schwer, musste im Keller gelagert und dorthin geschleppt werden. Man ist mit der Eisenbahn gefahren, allerdings war die Mobilität auch da von Kohle geprägt.

Die nächste Generation, die Generation unserer Eltern, hatte vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg schon Öl und Gas, damals zu günstigen Preisen. Es hat damit auch sehr viele soziale Verbesserungen in ihrer Lebenssituation gegeben, wie zum Beispiel warme Wohnungen und regulierbare Heizungen, also auch mit Technologien im Zusammenhang stehende Fortschritte.

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Doris Bures

Die meisten von uns, bis auf ein paar ganz Junge, haben als Kinder oder als junge Erwachsene die Zeit des Ölschocks miterlebt. Damals gab es aus politischen Gründen einen massiven preislichen Anstieg bei Erdölprodukten. Ich glaube, wir haben alle noch das Pickerl für den autofreien Tag in Erinnerung, den Wochentag, an dem man nicht fahren durfte. Ein Relikt aus dieser Zeit sind auch noch die Energieferien.

Man sieht also, welche große Bedeutung Energiepolitik für das Leben jedes Einzelnen hat, und ich glaube, es steht außer Zweifel, dass wir und unsere Kinder in Zukunft es noch mehr vor Augen geführt bekommen werden, dass es eine zunehmende Ressourcenverknappung gibt, dass die Ölreserven enden wollend und nicht unendlich sind. Dadurch werden die Preise steigen, und genau dort muss man ansetzen, auch mit Technologiepolitik, denn es muss einem klar sein, dass unsere Enkelkinder im postfossilen Zeitalter leben werden und eben nicht auf billiges Öl oder Gas zurückgreifen werden können. Das erfordert im Technologiebereich eine langfristige Planung und eine politische Steuerung. Das ist das, was wir im Innovationsministerium mit allen unseren Förderinstrumenten auch tun, nämlich diese langfristig angelegte Steuerung vorzunehmen.

Das ist in Österreich nichts Neues. Hertha Firnberg hat als Wissenschaftsministerin schon damit begonnen, Förderungen von einzelnen Projekten, vor allem im Bereich Energieeffizienz, ins Leben zu rufen. Worum es aber heute geht, ist, anstatt auf viele einzelne Projekte auf eine Gesamtausrichtung auf strategische Forschungspolitik, strategisch ausgerichtete Forschungsprogramme zu setzen. Stichworte dazu sind Smart Cities, die Zusammenführung verschiedener Technologien, die positive Auswirkungen auf das Zusammenleben haben, und auch die Bewältigung der großen zentralen Herausforderungen der Zukunft.

Das Infrastruktur-, Innovations- und Technologieministerium hat sich schon vor einigen Jahren dazu entschlossen, in der Forschungspolitik ganz konkrete Schwerpunktsetzungen vorzunehmen, auch auf die Gefahr hin, in einzelnen Technologiebereichen eine Lücke zu haben. Einer dieser Schwerpunkte sind eben die Energietechnologien, neben Mobilitätstechnologien, Informations- und Kommunikationstechnologien und Produktionstechnologien, worauf ich dann noch kurz zurückkommen möchte.

Bei all diesen Förderinstrumenten, bei all diesen Schwerpunktsetzungen sind immer zwei gleichwertige Ziele im Auge zu behalten. Und das erste Ziel, das wir mit Technologieförderung verfolgen, ist die Lösung von großen gesellschaftlichen Herausforderungen – das ist auch das Thema der heutigen Enquete –, was die Frage von leistbarer sauberer Energie betrifft, einer intakten Umwelt betrifft, einer umweltfreundlichen Mobilität betrifft. Was mir dabei wichtig ist, ist, dass es einen gleichberechtigten und leistbaren Zugang zu diesen Energieversorgungsmöglichkeiten gibt.

Und der zweite Punkt, der für mich als Technologieministerin ganz wesentlich ist und worauf wir immer ein Auge haben, ist, dass die Entwicklung und die Verwertung von neuen Technologien und Produkten eine hohe österreichische Wertschöpfung haben und damit eine hohe Beschäftigung in Österreich auslösen.

Ob wir diese Ziele auch tatsächlich erreichen, wird bei allen Förderungen, bei allen Maßnahmen, die wir setzen, ständig überprüft.

Erlauben Sie mir, diese Gelegenheit wahrzunehmen, darauf einzugehen, wo Österreich bei der Entwicklung und Verwertung erneuerbarer Energien steht. Der Herr Präsident hat ja einige Beispiele auch aus seinem Heimatbundesland Burgenland genannt. Es ist so, dass Österreich gut etabliert ist, was erneuerbare Energie betrifft. Neben der Wasserkraft haben sich innovative Technologien – sie wurden ja erwähnt – bei der Nutzung von Bioenergie, Solarwärme, Solarstrom, Windenergie gut entwickelt. Sie haben sich aber nicht nur am heimischen Markt gut entwickelt, sondern sind mittlerweile in vielen Bereichen auch zum internationalen Exportschlager mit Wertschöpfung in Österreich geworden.

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Doris Bures

Die Wasserkraft ist die größte erneuerbare Ressource im Bereich der Stromerzeugung, die wir haben: Mehr als 60 Prozent des Strombedarfs in Österreich werden durch Energie aus Wasserkraft gedeckt. Wir haben eine hohe technologische Kompetenz, was den Anlagenbau in diesem Bereich betrifft. Zum Beispiel sind unsere Turbinen für Wasserkraftwerke ein weltweiter Exportschlager. Ich konnte bei einigen Reisen auch mit Vertretern der österreichischen Wirtschaft sehen, wie sehr Wasserkrafttechnologien aus Österreich, wie dieses unser Know-how weltweit – ich war kürzlich in Indonesien – wirklich gefragt sind, welche große Marktchancen wir hier haben.

Erwähnt wurde auch die Windkraft. Da gibt es nicht nur in Österreich, sondern weltweit einen Boom. Jahrelang wurden Forschung und Technologieentwicklung in diesem Bereich betrieben, wodurch eine starke Zulieferindustrie in Österreich entstanden ist. Österreich hat viele Weltmarktführer bei den Windkrafttechnologien – egal, ob das die Rotorblätter sind, die in Österreich entwickelt werden, oder andere Teile, Steuerungstechniken et cetera. Ich sage das auch deshalb, weil man wissen muss, dass in jedem zweiten Windkraftwerk, das irgendwo auf dieser Welt steht, österreichische Technologie und damit auch österreichische Wertschöpfung enthalten sind.

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die Photovoltaik, die ganz besonders hohe Wachstumsraten aufweist, was allein auf die Technologieentwicklung und Forschung zurückgeht. In den letzten 35 Jahren ist es im Bereich der Photovoltaik durch innovative Technologien gelungen, die Kosten der Anlagen um das Vierzigfache zu reduzieren. Ich habe ja vorhin davon gesprochen, dass neue Technologien in der Entwicklung gefördert werden müssen, diese Technologien aber auch leistungsfähig sein müssen, und dem kommt hier natürlich eine ganz hohe Bedeutung zu. Aber es sind auch Spezialprodukte im Bereich der Photovoltaik in Österreich entwickelt worden, wie integrierte Photovoltaikfassaden, Photovoltaikstraßenlampen et cetera. Viele von Ihnen kennen die Beispiele.

Und der vierte Punkt ist die Solarthermie. Sie ist ein traditionell starkes Feld im Forschungs- und Energiebereich in Österreich. Auch da ist es so: Jeder dritte Sonnenkollektor, der europaweit installiert wird, kommt aus Österreich. Da der Konsumentenmarkt für diese neue Technologie in Österreich bereits zunehmend gesättigt ist, ist es natürlich ganz besonders wichtig, dass diese Technologie in die ganze Welt exportiert wird und wir damit den Produktions- und Forschungsstandort in Österreich weiter stärken können.

Ich habe diese vier Beispiele gebracht, weil man an diesen gut sieht, in welcher technologischen Reife erneuerbare Energien produziert werden können und in welcher Verbreitung Anlagen weltweit mit österreichischer Technologie ausgestattet sind.

Die zweite Frage, die man sich stellen muss, ist: Welche zukünftigen energiepolitischen Entwicklungen sind zu erwarten, und welche Antworten haben wir auf diese Herausforderungen?

Während andere Länder darum kämpfen, ihre Industrie- und Produktionsstandorte im Land zu halten, ist es in Österreich gut gelungen – im Unterschied zu anderen europäischen Ländern –, den Produktions- und Forschungsstandort Österreich zu halten. Ich bin davon überzeugt, dass dies auch ein Faktor dafür ist, dass wir nicht Arbeitslosenzahlen wie andere europäische Länder haben, sondern dass dies in einem engen Zusammenhang mit Beschäftigung und vor allem qualitativ hochwertiger Beschäftigung zu sehen ist, weil es uns eben mit intelligenten Produktionstechnologien gelingt, leistungsfähige intelligente Produkte marktfähig zu machen. Es ist natürlich nicht unser politisches Ziel, in den Wettbewerb mit Billiglohnländern zu treten. Wir konkurrieren nicht mit dem billigsten Produkt, sondern mit dem intelligentesten. Das ist die Herausforderung, vor der wir auch vor allem im Zusammenhang mit Energietechnologien stehen, ob das „intelligente Stromnetze“, Smart Grids, sind oder auch große Living Labs, die wir für diese „intelli-

Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie Doris Bures

genten Netze“, die wir dringend brauchen, europaweit einrichten, um auch in Zukunft je nach Wind oder Sonne schwankend erneuerbare Energie ins Netz zu bringen. Diese Bereiche sind ganz wesentlich für uns.

Abschließend: Wie gießt sich das in Zahlen, diese Notwendigkeit, in moderne umweltfreundliche Energietechnologien zu investieren? Die öffentliche Hand hat im letzten Jahr 125 Millionen € in Energieforschung investiert. 70 Prozent der Förderung aus der öffentlichen Hand kommen aus meinem Ressort, das sind rund 87 Millionen €. Im Übrigen werde ich für das heurige Jahr die Mittel für die Energieforschung um 30 Prozent erhöhen. Und das ist in Zeiten der Budgetkonsolidierung, in denen wir alle große Anstrengungen vor und hinter uns haben – der Verteidigungsminister würde sagen: eine Herkulesaufgabe –, ich sage, eine doch große Schwerpunktsetzung, die wir aus guten und auch erwähnten Gründen da vorgenommen haben.

Insgesamt investieren wir jährlich rund eine halbe Milliarde, 500 Millionen €, in die Entwicklung von innovativen Technologien, die wahrscheinlich für unsere Kinder und Enkelkinder Normalität und in vielen Bereichen sozusagen auch lebensnotwendig sein werden.

Zusammenfassend: Bislang hat Österreich den Strukturwandel von fossilen Energien hin zu erneuerbaren Energien gut überstanden. Österreich ist es auch gelungen, mit diesen Technologien weltweit in vielen Bereichen Marktführerschaft zu erreichen. Österreich ist es gelungen, auch einen starken österreichischen Markt in diesen Bereichen zu haben.

Aber die anderen schlafen auch nicht, auch andere Länder investieren in Technologie, auch mit anderen Ländern stehen wir da im Wettbewerb. Daher wird es notwendig sein, nicht nur mit Investitionen, sondern auch mit großem Engagement und mit großen Anstrengungen diesen energiepolitischen Kurs in Österreich weiter zu stärken. Dafür ersuche ich Sie um Ihre Unterstützung. – Danke. *(Beifall.)*

11.52

Vorsitzender Präsident Michael Lampel: Vielen Dank für die Ausführungen. Ich darf mich bei beiden Ministern ganz herzlich bedanken, dass sie trotz Ministerrat, trotz wichtigem Abkommen mit einem osteuropäischen Land hier diesen Termin wahrgenommen und ihre Einleitungsreferate gehalten haben. Ich darf sie entschuldigen, weil sie nicht die ganze Enquete dabei sein können und jetzt leider gehen müssen.

Nochmals herzlichen Dank beiden Bundesministern. *(Beifall.)*

III. Panel und Diskussion

Vorsitzender Präsident Michael Lampel: Nun kommen wir zu den Einleitungsstatements der Referentinnen und Referenten und dann zur anschließenden Diskussion.

Die Moderation dieses Teils der Enquete wird von Herrn Mag. Harald Himmer, dem Vizepräsidenten des Bundesrats, übernommen. Ich darf den Herrn Vizepräsidenten darum bitten.

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer *(den Vorsitz übernehmend):* Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich komme dem gerne nach, hier die Moderation zu übernehmen.

Wie bereits gesagt worden ist, haben wir eine Reihe von sehr kompetenten Referenten und anschließend eben die Möglichkeit zur Diskussion mit den weiteren Teilnehmern an dieser Enquete. Ich denke, wenn wir über ein Thema wie regionale Potenziale und Zukunftsperspektiven von erneuerbaren Energien diskutieren, dann reden wir über die Zukunft, darüber, wie wir mit unserem Planeten umgehen. Und da kann es dann schon

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer

passieren, dass man sehr viele Gedanken dazu hat und diese auch sagen will. Gleichzeitig müssen wir aber auch ein bisschen auf die Zeitdisziplin achten.

Ich war gestern bei der Geburtstagsfeier für Dr. Mock und habe gehört, dass er immer das Zitat gesagt hat: Lange Reden bewegen die Sessel, kurze Reden bewegen die Herzen. In diesem Sinne möchte ich die Referenten bitten, sich an die vorgegebenen 8 Minuten zu halten.

Die Spielregeln sind so, dass 2 Minuten vor dem Ablauf der 8 Minuten, also nach 6 Minuten, die rote Lampe zu leuchten beginnt. Das ist ein Hinweis darauf, zum „Landeanflug“ anzusetzen. Ich bitte Sie, das wirklich zu berücksichtigen, damit auch die anderen Referenten und auch die Teilnehmer hier fair zu ihrer Redezeit kommen.

Panel

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als erstem Referenten darf ich Herrn Dipl.-Ing. Johann Binder das Wort erteilen. Wir kennen ja alle Güssing als vielgepriesenes Beispiel, auch als kritisiertes Beispiel und sind schon sehr neugierig auf Ihre Ausführungen. – Bitte.

11.55

Dipl.-Ing. Johann Binder (Geschäftsführer der Burgenländischen Energieagentur): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte Ihnen in der kurzen Zeit ein bisschen etwas über das Burgenland beziehungsweise über die Entwicklung der Energietechnologien und letzten Endes auch über die Energiestrategie erzählen. Über Güssing werde ich sehr wenig sagen, das möchte ich gleich dazusagen. Da ich angesichts der 8 Minuten nicht bei Adam und Eva anfangen kann, fange ich mit der Zeit vor ein paar Jahren an.

Der Herr Landeshauptmann hat 2009 gesagt: Wir brauchen ein Energieteam im Burgenland. Dieses soll sich mit Schlüsseltechnologien, Leittechnologien und wichtigen Themen beschäftigen. Wir haben uns vorher auch schon mit wichtigen Themen in diesem Bereich beschäftigt, das ist schon klar. Der Ausfluss dieses Energieteams war dann die „Energiestrategie Burgenland“, die im Sommer vorigen Jahres präsentiert wurde.

Die Fachhochschule Burgenland, an der ein Energie- und Umweltschwerpunkt unterrichtet wird, hat ebenfalls zu dieser „Energiestrategie“ beigetragen.

Ich gebe Ihnen kurz die Ziele an. 2013, das haben Sie schon gehört, haben wir die bilanzielle Stromautarkie erreicht – mehr produziert, als wir übers Jahr verbrauchen. Wie viel Strom verbrauchen wir im Burgenland? – 1,6 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr. Wir produzieren jetzt schon weit mehr.

Das zweite Ziel, das in der „Energiestrategie“ drinnen steht, ist auch nicht so berauschend vom Thema her: 50 Prozent erneuerbare Energie oder mehr im Jahr 2020 und über 100 Prozent erneuerbare Energie im Jahr 2050. Darüber möchte ich mich eigentlich gar nicht verbreiten, sondern ich möchte Ihnen einfach nur kurz sagen, wie man dorthin kommen kann und wie das theoretisch auch möglich ist. Ich glaube, das ist viel wichtiger, als über Zahlenspiele zu reden.

Der erste Meilenstein – das haben Sie vorher gehört – ist vorwiegend über die Windkraft gesetzt worden. So weit, so gut und so einfach eigentlich. Aber so einfach war es eigentlich gar nicht. Das möchte ich Ihnen noch kurz sagen, warum das überhaupt möglich war, denn in anderen Bundesländern und anderen Regionen Europas würde es ja auch Wind geben, aber dort ist es nicht so einfach gewesen, viele Windräder in kurzer Zeit zu bauen, wo alle zufrieden sind.

Dipl.-Ing. Johann Binder

Im Burgenland ist das so geschehen, dass sich wirklich alle relevanten Stakeholder, Wissenschaftler, Gemeinden, Raumplanung, Politiker, NGOs, Vogelflugexperten, Natura 2000, WWF, Tourismusverband und so weiter, zusammengesetzt und gemeinsam die Felder für die Windkraftanlagen definiert haben. Daher konnten die Windkraftanlagen in sehr kurzer Zeit – momentan 800 Megawatt; an manchen Tagen produzieren wir das Vierfache dessen, was wir im Burgenland benötigen – mehr oder weniger ohne Widerstände entwickelt und gebaut werden. Im Gegenteil, viele Bürgermeister aus dem Burgenland wollen noch mehr Windräder haben, was teilweise gar nicht möglich ist. Das heißt, wir haben den umgekehrten Effekt: Die Bürger und die Bürgermeister wollen die Windräder, also die demonstrieren nicht gegen, sondern für die Windräder. Das hat auch finanzielle Vorteile für die Gemeinden, über die ich jetzt im Detail nicht sprechen möchte. Aber es ist tatsächlich so, dass im Burgenland der Ausbau der Windkraft wirklich erwünscht ist. Das ist ein ganz anderer Effekt, als er sonst üblicherweise vorkommt, und das ist sicher auf eine kluge politische Entscheidung und eine langfristige Planung zurückzuführen. Und das wird nicht nur bei der Windkraft so sein, sondern auch bei den anderen Technologien.

Wenn ich jetzt auf das Jahr 2020 schaue, bis dahin wollen wir 50 Prozent erneuerbare Energie haben, dann wird es, so meine ich, wahrscheinlich nicht so schwierig sein, diese 50 Prozent zu erreichen, wenn wir jetzt schon über 40 Prozent haben. Schwieriger wird es dann werden, wenn wir die 100 Prozent erreichen wollen. Und da möchte ich Ihnen noch kurz eine Idee präsentieren, wie das theoretisch und auch praktisch möglich werden kann.

Zunächst möchte ich einmal sagen, das Burgenland ist ein ländlicher Raum – nicht nur das Burgenland, wir haben viele ländliche Räume in Europa und selbstverständlich auch in Österreich –, und wir haben hier, wenn wir die Bereiche Energieeffizienz und Energieproduktion anschauen, verschiedene Aufgaben.

Der städtische, urbane Raum hat viel mehr Potenziale in der Energieeffizienz, zum Beispiel in der Mobilität, als der ländliche Raum. Angenommen, im Südburgenland sollte der öffentliche Verkehr ausgebaut werden. – Wer würde das finanzieren? Wo sind die Potenziale im ländlichen Raum? Auch dort müssen wir natürlich energieeffizient sein, aber wir müssen andere Strategien fahren als zum Beispiel im urbanen Raum.

Wir sagen langfristig, der ländliche Raum hat die Chancen der Energieproduktion. Im Burgenland zum Beispiel – aber wir haben halt auch Glück –, die Parndorfer Platte macht sehr viel Wind. Darüber freuen wir uns, und wir werden das 50-Prozent-Ziel bis zum Jahr 2020 locker erreichen. Das heißt für uns: 5 Milliarden Kilowattstunden Produktion, 10 Milliarden plus/minus brauchen wir im Burgenland – bis 2020 können wir die Hälfte locker erreichen, davon bin ich überzeugt.

Die Frage ist: Was geschieht mit den 100 Prozent? Dazu habe ich einen Vorschlag oder eine Idee, die Sie vielleicht in dieser Form noch gar nicht gehört haben, und zwar: Wind haben nur wir – es gibt vielleicht weniger in Salzburg und Tirol und so weiter –, aber Sonne haben alle, und – heute ist ja schon ein paarmal die Photovoltaik angesprochen worden – wir im Burgenland haben uns überlegt: Wie viel Photovoltaik-Potenzial haben wir denn eigentlich auf unseren Dächern? – 5 Prozent, 10, 15, 20 Prozent? Wir haben mithilfe des Landes einen Laserscan über das ganze Burgenland gemacht. Wir konnten jede einzelne Dachfläche identifizieren auf Größe, Neigung, Ausrichtung und ausrechnen, wie viel Photovoltaikstrom möglich wäre, würden wir alles zu pflastern mit heutiger Technologie; ich weiß natürlich schon, wir haben Kirchen und denkmalgeschützte Gebäude und so weiter. Wie viel können wir im Burgenland produzieren? – Mit heutiger Technologie 2,4 Milliarden Kilowattstunden Strom, 50 Prozent mehr, als wir derzeit Strom verbrauchen.

Dipl.-Ing. Johann Binder

Was bedeutet das für die Zukunft? Schauen wir 35 Jahre nach vorne, was bedeutet das für 2050? Wenn wir 35 Jahre zurückschauen, wer hatte damals ein Handy, wer hatte einen Computer, wer hatte irgendetwas in dieser Form? Was also wird in 35 Jahren sein? – Ich behaupte, der Technologiesprung für die Sonnenenergie, für die Photovoltaik ist dann längst da. Schon heute sind Anlagen im Test, die die doppelten Wirkungsgrade haben als die bisherigen. Der Preis, wie wir gehört haben, macht ein Vierzigstel von jenem aus früherer Zeit aus. Also ich denke, dass Energieautarkie, dass eine langfristige Energieselbstversorgung durchaus möglich ist, und natürlich nicht nur für das Burgenland, denn was für das Burgenland gilt, gilt natürlich auch für Niederösterreich, für die Steiermark, für Ungarn, Slowenien und Italien noch mehr. Das heißt eigentlich, die dezentrale Energieproduktion über Photovoltaik ist gewaltig, liegt nicht bei 5 Prozent, nicht bei 10 Prozent, sondern ist gewaltig, geht weit über 100 Prozent.

Wenn wir jetzt schon 100 Prozent Stromautonomie haben, noch einmal 100 Prozent durch Energietechnik der Zukunft erreichen, dann werden wir in Zukunft vielleicht auch unsere Gebäude mit elektrischem Strom versorgen, mit Wärmepumpen oder mit anderen Dingen, vielleicht auch die Elektromobilität forcieren. Es gibt seriöse Trendforscher, die sagen, die Elektromobilität ist in fünf Jahren Stand der Technik. Das haben wir in dieser Form vielleicht noch nicht gehört, kann man aber im Internet nachlesen. Lars Thomsen hat das auch bei AVL List gesagt. Also hier stehen wir vor einem Durchbruch. Vor fünf Jahren etwa – auch das war ein Durchbruch – hat Nokia gesagt, es wird nie der Fall sein, dass Herr Steve Jobs auch Handys macht. – Inzwischen gibt es Nokia nicht mehr.

Es stellt sich die Frage: Was gibt es in fünf oder zehn Jahren in der Mobilität? In diese Richtung müssen wir denken. Ich persönlich glaube, die Zukunft liegt langfristig in der Sonnenenergie. Kurz- und mittelfristig müssen wir jedenfalls mit Biomasse, mit Reststoffressourcen und mit anderen Technologien arbeiten – unabhängig davon, was wir an Energieeffizienz machen. Darüber zu referieren ist mir leider keine Zeit geblieben. – Herzlichen Dank. (*Beifall.*)

12.03

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

Herr Ing. Wolfgang Neumann hat 1999 den Energy Globe Award ins Leben gerufen und beschäftigt sich seit 30 Jahren mit dem Thema Energieeffizienz. Er ist privat, wie ich seiner Homepage entnehmen kann, ein begeisterter Hobbylandwirt.

Herr Ing. Neumann, Sie sind am Wort. – Bitte.

12.04

Ing. Wolfgang Neumann (Gründer Energy Globe Award): Ich darf mich vorerst ganz herzlich dafür bedanken, dass mir die Ehre zuteil geworden ist, heute hier zu sprechen.

Ganz kurz zu Entwicklungen unsererseits. Wir haben im Jahre 1974 mit der Energiesparmesse in Wels begonnen, einfach aus der Idee heraus, etwas zu tun, um den Menschen etwas mitzugeben, um aufzuzeigen, welche Möglichkeiten es gibt. Wir haben dann in Oberösterreich den Energiesparverband aufgebaut, weiters Energieberatungszentren in Mitteleuropa, haben dabei auch den Energieausweis entwickelt. Wir können stolz sein, auch der Energieausweis ist ein Produkt, das von Oberösterreich nach Bayern, nach Brüssel und wieder zurück gekommen ist, diesmal etwas Gescheitertes.

Wir haben in der Folge auch ein Onlineportal entwickelt – der Herr Minister hat es heute schon gesagt, Energieeffizienz ist eines der wichtigsten Themen –, das jetzt in alle Gemeinden in Österreich geht und aufzeigt, wie jeder sinnvoll und einfach Energie einsparen kann, was für den Einzelnen wirklich die beste Lösung ist.

Ing. Wolfgang Neumann

Wir haben dann im Jahr 2000 mit dem Energy Globe Award begonnen, Projekte auszuzeichnen, die in den Bereichen Erde, Feuer, Wasser, Luft, also in den umfassenden Bereichen, gute Wege aufzeigen. Ich möchte sagen, es gibt wirklich sehr, sehr viele kreative Menschen auf der Welt, und wir können auch sehr stolz sein, wir sind mit diesem Award inzwischen in 165 Ländern dieser Welt vertreten. Dadurch bekommt man natürlich auch einen sehr guten Überblick, wie es in Zukunft aussehen wird. Das ist für mich ganz wichtig gewesen.

Vor zwei Jahren etwa hat uns Maneka Gandhi, die jetzt die neue Familienministerin in Indien ist und früher Umweltministerin war, einmal gesagt: Bitte, jammert nicht in Europa, sondern überlegt euch, wie ihr den armen Menschen auf der Welt das Grundrecht auf Energie erfüllen könnt! Ich glaube, es ist niemandem bewusst, dass sich jeder vierte Mensch auf der Welt den Zugang zu Licht, den Zugang zu Strom und auch sonstiger Energie nicht leisten kann. Maneka Gandhi hat mir Folgendes mitgegeben: Wenn wir keine Lösung für diese Menschen finden, dann werden diese Menschen zu uns kommen, das heißt, allein von Indien etwa 100 Millionen Menschen in den nächsten zehn Jahren.

Wir sollen heute sicherlich über regionale Angelegenheiten sprechen, aber wir müssen auch diese Probleme lösen, denn auch diese Menschen haben ein Recht auf Energie. Wir haben zum Beispiel solare Energieerzeugungssysteme entwickelt, und unser Ziel ist es, in den nächsten fünf Jahren für eine Million Menschen in Afrika das Grundrecht auf Energie zu erfüllen. Ich sage es einmal ganz offen, so ein System für zehn Jahre kostet 150 €. Und wenn wir es nicht schaffen, das zu tun, dann müssen wir uns einmal irgendwo fest draufklopfen. – Das nur als Einstieg.

Wenn man jetzt eine Energiestrategie für Österreich bedenkt, dann ist es, wie ich meine, ganz richtig, dass man überlegt, welche Energien wirklich unbegrenzt zur Verfügung stehen. Das ist einmal alles, was Sonne betrifft, das ist Geothermie, das ist Wind, bei Biomasse wird es schon ein bisschen kritisch, ebenso bei allem Fossilen und so weiter. Ich weiß nicht, ob Sie es wissen, es gibt jetzt ganz neue Untersuchungen, die besagen, Öl steht in etwa noch für tausend Jahre zur Verfügung, aber je mehr man davon nimmt, desto größer ist die Umweltbelastung und desto teurer wird es. Darüber, glaube ich, brauchen wir nicht zu reden. Es ist vielleicht auch ganz interessant, wenn man den jährlichen Weltenergiebedarf in Öl umrechnet und dies dann in Kesselwaggons abfüllt. Wie lang, schätzen Sie, wird dieser Zug sein? – Mit diesem Zug könnte man 120 Mal um den Äquator fahren, so hoch ist der Energiebedarf pro Jahr. 2030 wird dieser Zug fast 200 Mal um den Äquator fahren.

Das heißt, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir in diese Richtung etwas tun. Noch einmal: Ich halte den Einsatz erneuerbarer Formen für unumgänglich.

Das Burgenland ist ein Musterbeispiel für etwas ganz Tolles. Ich blinzele aber ein bisschen nach Deutschland und sage: Um Gottes willen, was ist denn dort passiert? Meine Urahnen haben begonnen, Oberösterreich und Salzburg zu elektrifizieren, und damals war ganz klar, man baute ein Kraftwerk, ein Kraftwerk erzeugt Bandstrom. Dann hat man überlegt, was zu tun ist, damit dieser Bandstrom auch überall genommen wird. Man hat damals vor 40 Jahren – ich spreche jetzt über Strom – über Grundsteuerungsanlagen Befehle ausgegeben – es gab die Nachtheizung, die Nachtauladung von Boilern –, um möglichst ein Band zu erzeugen.

Jetzt hat man auf einmal eine neue Stromproduktion, was die Sonne betrifft, allerdings nur am Tag und das auch nicht immer. Wind gibt es natürlich im Herbst sehr viel, dann auch wieder nicht – das heißt, es gibt Spitzen. Es müsste also Reservehaltungen geben, es brauchte Speicherungen und so weiter. Man hat auch das Wesentliche völlig übersehen: Wie schaut der Vertrieb aus, wie schaut es mit Garantien aus, dass man

Ing. Wolfgang Neumann

auch in Zukunft wirklich Strom hat? Darüber hat sich witzigerweise überhaupt niemand den Kopf zerbrochen.

Es gibt eine ganz einfache Lösung. Es gab vor einigen Jahren, es ist noch gar nicht so lange her, den Ansatz Internet. Ich kann mich noch erinnern, dass jeder gesagt hat: So ein Schmarren! Wie sollen denn so viele kleine Computer das lösen, was üblicherweise nur ein riesiger Megacomputer zustande bringt? Genau dasselbe müssen wir auch im Stromnetz andenken. Es gibt in Zukunft Millionen kleine Erzeuger. Ich nenne dieses System Energy Net.

Ganz wichtig: In jedem Haus soll ein sogenannter Smart Manager sitzen. Ein Smart Manager – das gibt es alles schon – ist nichts anderes als ein kleiner intelligenter Computer, der zum Beispiel aufzeigt, dass am Dach gerade Strom erzeugt wird und wie er genutzt werden kann. – Warmwasser aufheizen, in die Heizung einspeisen, Kühlschrank, Geschirrspüler und so weiter einschalten. Das gibt es alles schon, überhaupt kein Problem. Das hat den Riesenvorteil: Wenn Energie anfällt, wird sie sofort verwendet. Das ist eine Form der sehr intelligenten und sehr effizienten Speicherung.

Zweitens: Man muss dafür sorgen, dass in Zukunft in den Häusern, die so ausgestattet sind, Batterieanlagen stehen, die die Energie speichern. Es gibt heute ganz tolle exakte Batteriespeicherungen mit Garantie auf zehn Jahre Lebensdauer. Das bitte gehört gefördert, natürlich auch der Smart Manager.

Die einzelnen Smart Manager „reden“ auch miteinander wie im Internet, tauschen Kapazitäten aus, ganz wichtig. Wir haben heute schon über Deutschland gesprochen. Es ist nicht so, dass man den Strom geschenkt bekommt, man bekommt zum Strom noch etwas dazu, wenn man ihn überhaupt noch nimmt. Es werden große Anlagen vom Netz genommen, weil einfach viel zu viel erzeugt wird. Die Smart Manager erhalten Informationen, wo es in der Nähe Überkapazitäten gibt, die genutzt werden können, wenn auf dem eigenen Dach gerade nichts erzeugt wird.

Also noch einmal: Das Energy Net ist die Zukunft; vergleichbar mit dem Internet. Wir haben in Österreich all diese Dinge schon entwickelt, es ist alles da, es gehört nur umgesetzt. Das verlangt aber auch ein Umdenken.

Damit klarerweise verbunden ist noch die Spannungshaltung, die Frequenzhaltung. All diese Versuche laufen.

Leider ist die Frau Ministerin nicht mehr da, denn ich muss wirklich sagen, Energie ist eines der wichtigsten Themen, die wir haben. Sie muss in Zukunft leistbar und verfügbar sein. Ich glaube, wir müssen jetzt wirklich diese Komponenten, dieses Energy Net fördern. Photovoltaik an sich und all diese Dinge haben wir eigentlich schon sehr viel gefördert, aber da fehlt wirklich die Basis. – Vielen, vielen Dank. *(Beifall.)*

12.13

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank für die Ausführungen.

Frau Dipl.-Ing. Theresia Vogel ist Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds in Wien. Sie hat Bauingenieurwesen studiert und war auch die Leiterin des Wissenschaftsbereichs Umweltmanagement und Qualitätsmanagement an der Fachhochschule Wiener Neustadt. Am Standort Wieselburg hat sie unter anderem den Themenbereich Nachhaltigkeit und Umweltmanagement aufgebaut und auch in diesem Themenfeld geforscht. – Frau Diplom-Ingenieur, Sie sind am Wort. Bitte.

12.13

Dipl.-Ing. Theresia Vogel (Geschäftsführerin des Klima- und Energiefonds): Einen wunderschönen Tag auch von meiner Seite, sehr geehrte Damen und Herren! Ich freue

Dipl.-Ing. Theresia Vogel

mich sehr und bedanke mich auch, dass ich eingeladen wurde, hier den Klimafonds und seine Vorstellungen zu präsentieren.

Ich habe mich bei meinem Titel „Österreich als Frontrunner: Energiezukunft auf Basis von Innovation und Erneuerbarer Energie“ gleich einmal auf das zentrale Thema eingeschossen, nämlich das Thema Zukunft. Wie kann sie auf Basis der Erneuerbaren erfolgen? Ich möchte den Schwerpunkt auf Forschung und Innovation legen und auf zukünftige Perspektiven, weil die anderen Vortragenden sowieso sehr stark das aktuelle Geschehen beleuchten.

Die erneuerbaren Energien sind das Kerngeschäft des Klima- und Energiefonds. Ich möchte daher ganz kurz ein bisschen resümieren, wie es dazu kam: 2007 gegründet, von der Bundesregierung mit einem zentralen Auftrag versehen, nämlich Erneuerbare ins Energiesystem zu integrieren, den Klimawandel oder dessen Folgen zu mildern, aber auch die Mobilität zukunftsfähig auf Schiene zu schicken. Dazu wurden wir – und dafür geht der Dank an die Bundesregierung, deren Mitglieder jetzt teilweise nicht mehr hier sind – mit einem durchaus signifikanten Mitteleinsatz zwischen 130 und 150 Millionen € pro Jahr versehen und auch mit einer langfristigen Perspektive über das Jahr 2020 hinaus, also wirklich ein sehr weit denkender Ansatz. Wir haben seit 2007 mehr als 70 000 Projekte gefördert mit 850 Millionen € und damit Investitionen in der Größenordnung von 3 Milliarden ausgelöst. Ich glaube, das ist einmal ein gutes Signal dafür, dass wir auch über Erfahrung verfügen.

Wenn wir von Energiezukunft sprechen, dann sprechen wir ganz klar auch von Forschung und Technologieentwicklung. Ein Drittel unseres Budgets geht für diesen Bereich der Energieforschung auf. Damit wurden 650 Projekte in der Vergangenheit gefördert. Der zentrale größte Anteil innerhalb dieser Energieforschungsaktivitäten sind die erneuerbaren Energien, die in etwa die Hälfte des Anteils ausmachen. Wir sehen, dass innerhalb dieser Erneuerbaren in den Schwerpunktsetzungen momentan ganz klar die Biomasse, Photovoltaik und die Solarthermie dominieren, aber es zeichnet sich auch ab – das hat mein Vorredner auch betont –, dass das Thema der Netze natürlich ein konsequentes ist, das wächst, also Smart Grids. Aber auch die Frage der Speicherung von Energie wird zunehmend wichtiger und hängt natürlich ganz eng zusammen mit den Erfolgen der erneuerbaren Energien in Österreich, aber auch in Europa und weltweit.

Aus unserer Sicht ist der Umstieg auf erneuerbare Energien einfach alternativenlos, und zwar deswegen, weil wir davon ausgehen, dass die Verfügbarkeit von fossilen Energieträgern zurückgehen wird, nicht nur weil sie als Ressource knapper werden, sondern auch deswegen, weil sie für Europa und für Österreich weniger gut greifbar sein werden. Es gibt inzwischen gute Prognosen der Internationalen Energieagentur und für uns als Klimafonds natürlich das zentrale Anliegen, die Zukunft auch klimaverträglich zu gestalten.

Unsere Erfahrungen mit diesen 70 000 Projekten zeigen, dass die Kombination aus Förderinstrumenten – die Entwicklung von Technologien fördern, aber gleichzeitig auch die Überleitung in den Markt im Auge haben, und zwar das Ganze überleiten in Regionen, in Städte und in große Demonstrationsprojekte – für uns das Erfolgskonzept der Zukunft ist. Wir glauben auch, dass Österreich mit einem sehr kleinen Heimmarkt dazu in der Lage ist, als europäischer Frontrunner zu agieren und im Bereich der erneuerbaren Energien zu zeigen, dass eine Energiezukunft möglich ist und sich volkswirtschaftlich auch gut umsetzen lässt.

Wir haben in den vergangenen Jahren einiges an Demonstrationsprojekten in Modellregionen und in Smart Cities gefördert. Ich möchte sagen, diese innovativen Regionen und diese Smarten Städte sind wirklich Pioniere für eine klug gemanagte Energiewende. Sie können in Ihren Unterlagen unter Abbildung 4 das Bild von Österreich sehen,

Dipl.-Ing. Theresia Vogel

das zeigt, dass Österreich überzogen ist von diversen Aktivitäten des Klima- und Energiefonds, die alle in eine Richtung gehen: Energiezukunft auf Basis erneuerbarer Energieträger.

Wichtig ist uns aber auch, dass diese innovativen Projekte, die Innovationen vor der Haustür einfach zeigen, dass die Machbarkeit der Technologie gegeben ist, dass die Technologien so weit ausgereift sind, dass sie auch die Kompetenz der Ausführenden zeigen und nicht zuletzt auch als internationale Aushängeschilder für Österreich dienen. Das haben sowohl Frau Ministerin Bures als auch Herr Bundesminister Mitterlehner angesprochen.

Aus unserer Sicht würde ich die Erfolgsformel für die Energiezukunft und für den Einsatz der Erneuerbaren folgendermaßen zusammenfassen „Smarte Energiezukunft = Erneuerbare Energieträger + Innovation + Allianz der Willigen“. Diese Allianz der Willigen ist in Österreich inzwischen schon sehr groß geworden. 24 Smart Cities, 112 Modellregionen ergeben in Summe 5 Millionen Einwohner und Einwohnerinnen, die sich mehr oder minder mit der Energiezukunft beschäftigen. Ich glaube, das ist ein starkes Signal, dass die Menschen in den Bundesländern, in den Regionen bereit sind, mitzugehen, sich für Innovationen zu begeistern und auch vor der eigenen Haustür Maßnahmen umzusetzen.

Ich möchte ganz kurz erwähnen, dass wir in allen Bundesländern – und das freut mich natürlich sehr, dass Sie, sehr geehrte Abgeordnete, auch da sind – Projekte umsetzen. Es gibt natürlich unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Während in Salzburg das Thema der Smart Grids großgeschrieben und umgesetzt wird, ist es in Burgenland die Windkraft, ist es in Vorarlberg das Thema zukunftsfähiger Verkehr und so weiter und so fort.

Ich glaube, das ist signifikant: dass die einzelnen Länder, die Regionen sich ihrer Stärken besinnen, und unter Stärken würde ich subsumieren die regionalen Ressourcen, die Kompetenzen, die es in der jeweiligen Region gibt, also das Know-how, die Institutionen, die Forschungseinrichtungen, aber auch Unternehmen und auch die Bereitschaft der Bevölkerung, sich auf Projekte einzulassen.

Wir sehen in der zukünftigen Technologieentwicklung einige Schwerpunktsetzungen. Zum Beispiel sind „Neue Materialien“ ein großes Thema. Da geht es vor allem darum, Substitute zu finden für jene Materialien, die uns von Zulieferstaaten, die wir vielleicht als unsicher einstufen, wieder abhängig machen, also darum, auf ubiquitäre Materialien auszuweichen.

Wir halten auch das Speichern von erneuerbaren Energien für ein ganz wichtiges Thema. Auch da geht es ganz stark in Richtung Materialforschung, aber auch um die Frage: Welche Systeme können wir aufbauen, so dass in situ, also vor Ort, im Haushalt, in der Kommune, im Block die Energie, die dort aufgebracht wird, möglichst weitgehend verbraucht wird. Also man muss die Energie lokal speichern oder lokal nützen.

Ein weiteres ganz wesentliches Themenfeld betrifft die Frage: Wie gelingt es uns, Bürger und Bürgerinnen zu beteiligen? Wie holen wir die Menschen in die Projekte hinein?

In den Smart Cities geht es ganz zentral darum, Partizipation zu unterstützen. Die Menschen sind zu Innovation bereit, wenn man sie auch Ideen entwickeln lässt. Es geht also darum, einen Rahmen vorzugeben, aber dann im Detail die Kommunen selber planen zu lassen.

Aber es geht auch um die Frage der Reduktion des Komplexitätsgrades. „Smart Grids“ ist da ein gutes Schlagwort. Das ist eine tolle Innovation. Es wird aber darum gehen, den Menschen den Zugang zu erleichtern, eine einfache Zugangslösung zu finden, denn es ist nicht jeder Programmierer, der vielleicht jeden Tag zu Hause fünfmal in die-

Dipl.-Ing. Theresia Vogel

ses Smart Meter hineinsehen will, sondern es soll einfach und schnell gehen und mit guten Effekten verbunden sein. Da wird es noch sehr viel zu tun geben.

Ich möchte zusammenfassen: Das Thema erneuerbare Energien, die Energiezukunft auf Basis der Erneuerbaren ist ein Jahrhundertprojekt, und es wird uns über Generationen beschäftigen. Ich glaube aber, dass der intelligente Einsatz von innovativen Technologien ein Schlüssel für die Energiezukunft ist, ganz einfach deshalb, weil Österreich vielfach profitiert: die Unternehmen, die Städte, die Regionen, aber auch die Menschen.

Eine zentrale Frage für die Zukunft im Konnex mit den Erneuerbaren wird auch sein: Wie werden Kosten und Nutzen fair verteilt? Deswegen hat der Klimafonds einen Strategieprozess „Energiezukunft innovativ und sozial gestalten“ gestartet, denn es ist ganz wichtig, dass der Nutzen allen zugute kommt. Die Energiewende soll kein Luxusprojekt werden.

Damit ist meine Redezeit erschöpft. Ich lade Sie herzlich ein, sich die diversen Broschüren, die draußen aufliegen, anzusehen. Ich habe einiges mitgebracht, wie zum Beispiel die Publikation „Energy Innovation Austria“, aber auch noch viele andere Broschüren. Schauen Sie auch auf unsere Websites! Wir stehen jederzeit für Fragen zur Verfügung. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

12.22

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Frau Dipl.-Ing. Vogel, herzlichen Dank für Ihren Beitrag.

Der nächste Referent ist Herr Dr. Magnus Brunner, der seines Zeichens Vorstand der Ökostromabwicklungsstelle ist. Herr Dr. Brunner hat den Weg hierher besonders leicht gefunden, weil er auch unser Kollege im Bundesrat ist. – Magnus, du bist am Wort.

12.23

Bundesrat Dr. Magnus Brunner, LL.M (ÖVP, Vorarlberg) *(Vorstand der Ökostromabwicklungsstelle):* Sehr geehrte Herren Präsidenten! Werte Kollegen aus dem Bundesrat! Meine Damen und Herren! Wenn man über erneuerbare Energien und über Zukunftsaspekte diskutiert, dann muss man, glaube ich, schon auch die Situation beleuchten, die mit der eingeleiteten Energiewende in Europa besteht, und das vor allem auch nach den Ereignissen in Fukushima, die immer wieder gern vergessen werden.

In meinem Beitrag werde ich mich auf das Thema Strom konzentrieren; das sind die 20 Prozent, von denen der Herr Minister gesprochen hat.

Die Energiewende kann man natürlich so sehen: 20-20-20-Ziel erreichen, aber sie steht natürlich schon sehr stark im Zusammenhang mit dem deutschen Atomausstieg und mit den Ereignissen, die in Fukushima passiert sind. Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat nach Fukushima, als das ganze Thema dann wieder intensiv in die Öffentlichkeit gekommen ist, gesagt:

„Wir müssen uns aber auch bewusst sein, dass die Energiewende unseren Lebensstil ändert, die Art, wie wir wirtschaften und wie wir uns organisieren. Die Energiewende ist eine historische Anstrengung!“

Diese Worte der deutschen Kanzlerin drücken, glaube ich, ganz gut aus, worüber sich Energieexperten, Wirtschaftsforscher, Politiker und Wirtschaftstreibende seit dem Entschluss, aus der Atomkraft auszusteigen, den Kopf zerbrechen. Niemand weiß wirklich, was da genau auf uns zukommt und was uns bevorsteht.

Ein Blick auf die Größenordnungen, die mit dem deutschen Atomausstieg auf uns zukommen, zeigt Folgendes:

Bundesrat Dr. Magnus Brunner, LL.M

Ein Atomkraftwerk mit einer Leistung von 1 000 Megawatt versorgt eine Stadt mit einer Million Einwohnern. Insgesamt gehen nach den deutschen Plänen bis 2020 über 20 000 Megawatt vom Netz. Das bedeutet, dass 20 Millionen Einwohner anders als bisher versorgt werden müssen. Das ist schon eine gigantische Zahl, die wir uns vor Augen führen müssen und die auch im Zusammenhang mit diesem Zitat der deutschen Kanzlerin zu sehen ist.

Aber nicht nur unsere deutschen Nachbarn, sondern auch wir in Österreich müssen natürlich auf den Atomausstieg reagieren. Das beginnt beim Bau von zusätzlichen Pumpspeicherkapazitäten in den Alpen, geht über neue Windräder im Osten Österreichs – ich glaube, wir müssen jede mögliche Quelle für erneuerbare Energien, die uns gegeben ist, nützen – und endet bei Hochspannungsleitungen, damit man diesen Strom auch abtransportieren kann. Das Thema Netze wurde heute ja auch schon öfters angesprochen. Österreich hat mit über 17 Prozent Pumpspeicherkapazität europaweit die größten Kapazitäten und liegt damit noch vor Italien, Deutschland und auch Spanien. Der Wind, der in Norddeutschland auch dann bläst, wenn der Strom von keinem Kunden verbraucht wird, wird über die Hochspannungsleitungen in die heimischen Alpen geleitet und dort gespeichert. Das ist die einzige Form, wie Strom gespeichert werden kann.

Über den Bau von Hochspannungsleitungen hat man beispielsweise in der Steiermark 20 Jahre diskutiert. Das wird in Zukunft nicht mehr gehen: auf der einen Seite Wasserkraft predigen und auf der anderen Seite Wein trinken, wenn es um das Bewilligen geht. Das wird in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Dass die Energiewende kommen wird, darüber besteht, glaube ich, auch hier im Raum Konsens, auch dass die Energiewende über erneuerbare Ressourcen kommen wird. Fraglich ist aber sehr wohl, wie die Energiewende schlussendlich kommen wird. Dazu ist eine Menge Arbeit notwendig. Es ist eine große Zahl von Investitionen notwendig. Auch viel Aufklärungsbedarf ist gegeben. Und es ist viel Überzeugungsarbeit erforderlich. Erdgas beispielsweise wird uns sicher noch längere Zeit als eine Art Brückenfunktion begleiten. Also so ehrlich wird man sein müssen, um diesen Atomausstieg, insbesondere in Deutschland, überhaupt schaffen zu können.

Wie hat jetzt Österreich auf die dramatischen Auswirkungen nach dem deutschen Atomausstieg und nach Fukushima reagiert? – Österreich hat schon vor einiger Zeit eine Energiestrategie erarbeitet, und zwar noch vor Fukushima. Fukushima hat dann natürlich, so tragisch das klingt, diese Bemühungen beschleunigt. Wir haben seit dem Sommer 2012 ein neues Ökostromgesetz, und mit diesem Ökostromgesetz werden bis 2020 rund 12 Milliarden € in Green Technologies investiert und dadurch Tausende sogenannte Green Jobs geschaffen.

Die jährliche Fördersumme, über die wir als Ökostromabwicklungsstelle verfügen, wurde auf jährlich 50 Millionen € erhöht. Das ist ein Gesamtfördervolumen, auf die gesamte Laufzeit von 13 oder 15 Jahren gerechnet, von 700 Millionen €, das das neue Ökostromgesetz zur Verfügung stellt. Durch diese Bemühungen wird das realistische Ausbaupotenzial, das es in Österreich gibt, auf zirka 11 Terawattstunden erhöht. Die Produktion von 11 Terawattstunden bedeutet, dass zirka 3,6 Millionen Haushalte versorgt werden können. Mit diesen Anstrengungen werden die Windkapazitäten verdreifacht und die Photovoltaikkapazitäten verzehnfacht. Das sind schon gewaltige Zahlen, die dieses Ökostromgesetz bewirkt – bei aller Kritik, was die tägliche Abwicklung betrifft, wo es einiges an Verbesserungsbedarf gibt, aber im Großen und Ganzen hat dieses Gesetz doch einen enormen Schub ausgelöst.

Das alles muss natürlich auch finanziert werden. Die Kritik, die insbesondere immer wieder von der Sozialpartnerseite kommt, ist zum Teil nachvollziehbar, weil das alles auch in der sozialen Akzeptanz bleiben muss, das ist natürlich verständlich. Aber ich

Bundesrat Dr. Magnus Brunner, LL.M

glaube, dass die Kostenfrage hier – aus meiner Sicht zumindest ist es so – den Zukunftsaspekt etwas verdrängt. Natürlich müssen die erneuerbaren Energien in die Marktfähigkeit geführt werden, daran besteht kein Zweifel, aber viel wichtiger ist doch die Frage: Was wird es die Volkswirtschaft und uns alle, also die Gesellschaft, kosten, wenn wir den Umstieg auf die erneuerbaren Energien nicht schaffen?

Zwei Minuten habe ich noch für Themen, die auf uns in nächster Zeit zukommen werden.

Ich glaube, dass die Energiewende regional sein wird. Das ist eine wichtige Aussage, die heute hier schon öfters gefallen ist. Gerade Anlagenstandorte mit einem hohen Eigenstromverbrauch brauchen nur mehr eine geringe Unterstützung. Die Technologie wird, wie wir schon gehört haben, laufend besser, und auch die Modulpreise sinken. Und auch viele Bürgerinnen und Bürger haben ein Bedürfnis, in diese Technologien zu investieren. Bürgerkraftwerke entstehen, Regionen, Gemeinden werden aktiv. Also dieser Trend in Richtung Regionalität wird noch stärker zunehmen.

Das zweite Thema ist die Versorgungssicherheit. Ich glaube, dass gerade im ländlichen Raum immer mehr Menschen möchten, dass ihre Abhängigkeit von Krisenregionen zurückgedrängt wird. Das hängt natürlich auch mit der Eigenversorgung zusammen.

Das dritte Thema ist der Netzausbau, den ich auch schon genannt habe. Das ist sicher eines der starken Zukunftsthemen: der gut geplante Ausbau von Stromnetzen. Das braucht eine langfristige Planung, das braucht eine große Masse an Investitionen, die getätigt werden müssen.

Und der letzte Punkt ist die Energieeffizienz; dieses Thema wurde vom Minister schon angesprochen. Zum Energieeffizienzgesetz werde ich jetzt hier nichts sagen, da laufen die Verhandlungen.

Noch einmal: Die Zukunft ist regional, davon bin ich überzeugt. Wir müssen da einiges tun. Wir müssen viel investieren und in der Bevölkerung viel Überzeugungsarbeit leisten. Dazu sind wir aber ja alle hier. Ich jedenfalls freue mich auf diese Aufgabe und danke fürs Zuhören und für die Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

12.32

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank für die Ausführungen.

Da wir jetzt etwa bei der Hälfte der Zahl der Referenten sind, darf ich noch einmal darauf aufmerksam machen, dass Sie Ihre Beiträge vorne beim Pult abgeben können.

Nächster Referent ist Herr Universitätsdozent Dr. Mag. Stephan Schwarzer. Er leitet in der Wirtschaftskammer die Abteilung für Umwelt und Energiepolitik, ist dort für Energiepolitik und Klimapolitik zuständig und ist auch Aufsichtsratsvorsitzender des Energieinstituts der Wirtschaft.

12.33

Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer (Wirtschaftskammer): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank für die Einladung, hier ein Statement abzugeben. Da ich das sozialpartnerschaftliche Duett einleite, möchte ich auch sozialpartnerschaftlich beginnen.

Wir haben 2009 als Sozialpartner ein Weißbuch zu den Herausforderungen des Energiesystems vorgelegt, das sich mit all den Fragen, die wir heute auf dem Tisch liegen haben, beschäftigt. Wir sprachen damals vom Umbau des Energiesystems, aber es kommt ziemlich auf das Gleiche heraus, ob wir das jetzt Energiewende oder Umbau

Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer

des Energiesystems nennen, denn immer handelt es sich um ein sehr breites Thema, ein sehr tiefes Thema und auch um ein sehr langfristiges Thema. Das haben wir mit „Umbau“ zum Ausdruck zu bringen versucht.

In dieser Studie und auch sonst geht es eigentlich bei diesem Thema immer darum, dass man sozusagen vier Pole in ein gutes Verhältnis zueinander bekommt. Die eine Achse sind die Chancen und Gefahren, die andere Achse sind die Kosten und der Nutzen.

Ich glaube, es ist nicht so, dass wir die Energiewende einfach nur erleiden, im Sinne von: es passiert einfach, sondern das ist eine unheimlich faszinierende Gestaltungsaufgabe, und zwar auch für uns alle, die wir hier in diesem Raum sitzen. Das heißt, es kommt darauf an, wie man es macht, ob man mehr von den Chancen bekommt oder weniger und ob man mehr von den Kosten abkriegt oder weniger. Wir haben daher schon seinerzeit an die Bundesregierung appelliert, einen umfassenden Energiemassterplan zu erstellen. Das war vor der Energiestrategie 2010.

Wir von der Wirtschaftskammer Österreich sind jedenfalls nach wie vor der Meinung, dass bei sehr vielen positiven Bereichsansätzen ein bisschen die Klammer beziehungsweise der Überbau zu kurz kommt. Wir haben gerade eine Zieldebatte, es geht um die Ziele 2030 – die Ziele 2020 haben wir zwar noch nicht erreicht, aber politisch und gesetzgeberisch sind sie abgehakt, und jetzt müssen sie halt nur noch in der Praxis erfüllt werden –, und wir in der Wirtschaftskammer Österreich sagen immer, wir brauchen eine gute Mischung, eine gute Balance zwischen Mut und Motivation auf der einen Seite, aber auch kaufmännische Vorsicht auf der anderen Seite, wo wir uns fragen müssen: Was kann man erreichen, was kann man schaffen? Man sollte nicht nur ungestüm sein, sondern auch ein bisschen kühl agieren. Wir sollten vor allem auch an das Lehrgeld, das wir bei Kyoto schon gezahlt haben, denken. Aber es ist nur dann ein Lehrgeld, wenn wir wirklich die Schlussfolgerungen daraus ziehen, sonst ist es nicht einmal ein Lehrgeld. Es hat immerhin 750 Millionen € oder Ähnliches gekostet, genaue Beträge sind nie publiziert worden.

Österreich ist ein Industrieland. Österreich ist in der Europäischen Union überdurchschnittlich industrialisiert, und die Europäische Union selbst hat auch einen hohen Industrialisierungsgrad. Ich glaube, man kann das ganz gut mit den Begriffen Schrittmacher oder Vorreiter – ich bevorzuge eigentlich den Begriff Schrittmacher – zum Ausdruck bringen. Europa ist jetzt der Schrittmacher der europäischen Klimapolitik, daran besteht kein Zweifel. Der Schrittmacher in der Leichtathletik, bei den Laufbewerben, hat die Aufgabe, die anderen nachzuziehen, ein schönes Tempo vorzulegen, sodass die anderen dann nachlaufen, und irgendeiner ist dann der, der den Weltrekord laufen soll, und ohne den Schrittmacher würde er das nicht schaffen. Also der Schrittmacher hat nie den Sinn und Zweck, dem ganzen Feld davonzulaufen. Eigentlich sollen alle durch den Schrittmacher dann schneller werden. Diese Funktion sollten wir, glaube ich, hier auch nicht aus den Augen verlieren.

Wir sollten uns also auch dessen bewusst sein, dass die Industrie – und da beziehe ich mich auf den Redebeitrag vom Herrn Minister und auch auf die meisten von den Referenten – weiterhin fossile Brennstoffe benötigen wird. Es ist technologisch derzeit nicht möglich, in der Industrie auf erneuerbare Energien, auf Strom und dergleichen umzusteigen, ganz abgesehen davon, dass die benötigten Mengen gar nicht verfügbar wären. Das heißt für die Forschungspolitik – weil das ja heute auch auf der Agenda steht –, die Prioritäten sollte man dort setzen, wo die Technologien **noch nicht** vorhanden sind, und das ist die Industrie. Das soll nicht heißen, dass die Industrie nichts dergleichen tut, die Industrie beschäftigt sich selbst mit ihren Prozessen sehr, sehr intensiv, wo es auch um die Frage geht: Wo können wir dekarbonisieren, wo können wir mit weniger CO₂ pro Tonne Output auskommen?

Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer

Das ist natürlich auch eine Aufgabenstellung für die Industrie, aber in der Forschungspolitik ist das, glaube ich, eigentlich der wichtigste Bereich. Bei allen anderen Sektoren kann man sagen, es gibt schon ganz gute technische Lösungen, man muss sie bloß einmal in ihrer Breitenwirkung umsetzen, aber bei der Industrie ist das nicht der Fall.

Auch das Thema Innovation ist heute schon ein paarmal vorgekommen. Spielentscheidend wird auch die Innovationsstärke sein, die Innovationskraft, die eine Volkswirtschaft hat, auch die europäische insgesamt. Ich glaube, dass wir dort und nicht bei irgendwelchen Detailprogrammen oder Detailgesetzen sozusagen das Spiel gewinnen oder verlieren, sondern wir gewinnen es über die Innovation, und deshalb ist Technologiepolitik so wichtig.

Wir müssen aber bei den Zielen auch darauf Rücksicht nehmen, dass die Industrie ganz einfach die Dekarbonisierungsschritte nicht so wie die anderen Sektoren setzen kann. Ich glaube, es ist anerkannt und eine Selbstverständlichkeit, aber es muss sich dann auch bei den Zielen, die auf die anderen Sektoren sozusagen heruntergebrochen werden, niederschlagen.

Ich möchte auch ein bisschen auf den Strom zu sprechen kommen. Der Vergleich Ökostromgesetz/Erneuerbare-Energien-Gesetz lädt ja zu verschiedenen Betrachtungen ein. Wenn wir uns das Ökostromgesetz als Vehikel vorstellen, so können wir sagen: Ein Vehikel braucht einen Antrieb, eine Lenkung und auch eine Bremse. Aber das EEG war eigentlich ohne Bremse und nur mit wenig Lenkung und mit sehr starkem Antrieb ausgestattet, während das Ökostromgesetz am Anfang vielleicht einen zu schwachen Antrieb hatte. Dann wurde der Antrieb verstärkt, Lenkung und Bremse waren auch dabei, und deshalb fährt das österreichische Ökostromgesetz relativ gut und muss nicht eingebremst werden, so wie das in Deutschland schon der Fall war, wo es, wie ich weiß, schon den dritten Versuch gab, das einzubremsen, und der ist wieder gescheitert. Also ich denke, da haben wir uns einiges erspart. Ich glaube daher, dass man auch der Harmonisierung des Beihilfenrechtes durchaus positiv gegenüberstehen kann.

Ich glaube, dass betreffend Strom und alle anderen Energiebereiche gilt, dass systemisches Denken – ich habe es schon mit dem Plan angedeutet – ein bisschen zu kurz kommt. Kein Verkehrsunternehmer würde sich zuerst die Straßenbahn kaufen und dann über die Gleise nachdenken. Ein bisschen tun wir das aber im Strombereich, dass wir zuerst einmal die Produktion verstärken und dann kommt das Andere – die Speicher und die Leitungen. Das ist kein sinnvoller Ansatz, das hängt auch mit dem fehlenden Plan zusammen.

Ich sehe, dass das Licht hier aufleuchtet und komme daher schon zum Schluss.

Beim Energieeffizienzgesetz, sollte es ins Parlament kommen, haben natürlich die meisten Verpflichteten einfach ein emotionales Grundproblem. Verpflichtet werden die Lieferanten, und ich glaube, auch da kann man es mit einem Vergleich ganz gut zum Ausdruck bringen: Versuchen Sie einmal, zu einem Schnitzelwirt zu gehen und ihm zu sagen, er soll seinen Gästen sagen, sie sollen auf Fleisch verzichten! So ähnlich ist das jetzt, wenn ein Energielieferant sagen soll: Bitte, verbraucht weniger Energie! Man kann sagen, gut, das ist jetzt so, Ordnungspolitik. Aber bitte verstehen Sie, warum das Energielieferanten einfach sehr gegen den Strich geht!

Das größere Problem werden dann vielleicht die Kosten sein. Wenn das Energieeffizienzgesetz die Lieferanten verpflichtet, Energieeffizienzeinheiten überall zu suchen, aber dann einen großen Teil der Möglichkeiten durch irgendwelche Detailbestimmungen wieder ausschließt, dann kann es einfach nur noch sehr, sehr teuer werden. Die Benefits mögen dann in 10 oder 20 Jahren vielleicht auch einmal kommen, aber jetzt wird es einmal sehr teuer. Ich glaube, das sollte man verhindern.

Univ.-Doz. Dr. Mag. Stephan Schwarzer

Ein positives Beispiel noch am Schluss: Die Betriebe sind ideale Nutzer und auch Anwender der Photovoltaik. Und deshalb freue ich mich auch, dass der Klimafonds die Photovoltaik in Betrieben einbezieht und die Photovoltaiksteuer hoffentlich, auch in diesem Haus, gemildert wird und der Eigenverbrauch in diesem Zusammenhang gefördert wird. – Vielen Dank. (*Beifall.*)

12.42

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herr Universitätsdozent, herzlichen Dank für Ihre Ausführungen.

Wie bereits sozialpartnerschaftlich angekündigt, ist unsere nächste Referentin Frau Mag. Silvia Angelo. Sie leitet die Wirtschaftspolitische Abteilung der Arbeiterkammer Wien und ist studierte Volkswirtin. – Bitte, Frau Magistra.

12.42

Mag. Silvia Angelo (Leiterin der Wirtschaftspolitischen Abteilung der AK Wien): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Mitglieder des Bundesrates! Ich bedanke mich ganz herzlich für die Einladung, zu diesem sehr wichtigen Thema zu sprechen. Wie gesagt, ich bin die andere Seite des Duetts, aber ich werde Sie ebenso wenig wie Dozent Schwarzer mit Gesang beglücken, sondern ich versuche, sprachlich ein bisschen darzulegen, was denn die Sicht der KonsumentInnen auf dieses sehr wichtige Thema ist.

Eingangs ganz kurz auf etwas zurückkommend, was der Herr Minister angesprochen hat: Was sind denn die Ziele vor allem der Förderung von erneuerbaren Energien? – Das ist ganz wichtig, es ist ja kein Selbstzweck. Auch wenn ich gelernt habe, dass die Akzeptanz von Windrädern im Burgenland in der Bevölkerung eine sehr hohe ist, würde ich sagen, das Aufstellen von Windrädern ist ja an sich keine raumplanerische Maßnahme oder keine der Regionalbehübschung, sondern im Wesentlichen geht es darum, dass man erneuerbare Energien fördert, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren.

Man hat auch noch ein Ziel bei der Förderung von erneuerbaren Energien, das ist ganz wichtig und schon öfter angesprochen worden, nämlich damit auch eine indirekte Förderung von Atomenergie zu vermeiden. Das ist im Moment ein bisschen die Dramatik an der Debatte, wie wir sie in Europa erleben, dass eigentlich so eine Art Revival der Atomenergie stattfindet. Insbesondere in Ländern wie Großbritannien wird die Diskussion stark angezogen, weil man natürlich damit CO₂-Emissionen reduzieren kann. Insofern kommt uns Deutschland da wirklich zu Hilfe, wo man ja angeregt durch Fukushima den Ausstieg aus dem Ausstieg sozusagen rückgängig gemacht und jetzt natürlich ein vitales Interesse daran hat, dass das nicht die Richtung ist, in die der Zug fährt.

Das heißt, es gibt diese Ziele, und die Förderung erneuerbarer Energien ist ein Teil davon. Aber – weil es ja auch Teil unseres Themas heute ist – es geht natürlich auch um die Verbindung mit innovativer Technologieentwicklung und der Stärkung des Industriestandorts.

Was heißt das? – Das heißt, dass man natürlich in der Förderung erneuerbarer Energien auch Investitionsanreize in diese Richtung setzen muss. Und weil schon mehrfach Zahlen genannt worden sind, möchte ich heute nur zwei zusammenfassen. Wir haben ein Unterstützungsvolumen für Ökostrom im Jahr 2013 von ungefähr 500 Millionen €, ohne Marktpreis, also ohne Marktteil, und wir haben die Förderung – und die Zahl hat die Ministerin am Anfang ja genannt – für Energieforschung von 120 Millionen €. Davon werden ungefähr 30 Millionen € für erneuerbare Energien verwendet.

Jetzt stellt sich für mich schon folgende Frage: Könnte man da nicht auch eine Möglichkeit sehen, dass man einen Teil dieser Ökostromförderung zum Beispiel für die For-

Mag. Silvia Angelo

schung und für Forschungsmöglichkeiten im Bereich erneuerbare Energien widmet, wenn man sich dieses Verhältnis von Förderungen ansieht? – Ich glaube, das wird in der ersten Reihe gleich zu heftigen Diskussionen führen und vielleicht dann auch bei Ihnen im Publikum.

Auf europäischer Ebene gibt es jetzt noch bis 2020 das Ziel, erneuerbare Energien auszubauen, und wir diskutieren heftig darüber, ob das bis 2030 auch der Fall sein soll. Das Ausbauziel in Österreich sind 34 Prozent, und es ist mehrfach gesagt worden, dass Strom nur ein Teilbereich ist.

Was sind denn die größten Endenergieverbräuche? – Das sind vor allem, trotz allem der Bereich der Mobilität und natürlich auch Raumwärme. Das heißt, es geht natürlich auch darum, in diesen Bereichen etwas zu machen.

Nichtsdestotrotz komme ich jetzt auch auf das Ökostromgesetz zu sprechen, weil das meistens im Kern der politischen Auseinandersetzungen steht. Was für uns da ganz stark im Vordergrund steht, sind einfach die Dinge, die auch schon Herr Schwarzer angesprochen hat. Es geht um Kosteneffizienz des Ausbaus und damit natürlich auch um einen Innovationsanreiz. Es geht um Marktintegration. Also ich habe heute sehr gerne gehört, dass es ja bei der Förderung nicht darum geht, ein Basiseinkommen zu schaffen, sondern darum, die erneuerbare Energie an den Markt heranzuführen und sie dann auch einfach einmal auf diesem agieren zu lassen und selbständig agieren zu lassen.

Es geht auch darum – das ist für uns ein wesentlicher Punkt, ich weiß, dass er in der politischen Auseinandersetzung auch sehr anders gesehen wird –, dass das mit EU-Recht vereinbar ist. Das ist eine Diskussion, die wir immer wieder beim Ökostromgesetz haben, die Frage: Passt das zum Beihilfenregime der Europäischen Union – ja oder nein?

Es stimmt – da gebe ich natürlich auch meinen Vorrednern recht –, das Ökostromgesetz in Österreich ist besser als das in Deutschland. Ich glaube aber, wir sollten darauf aufpassen, dass das Bessere nicht der Feind des Guten ist. Also da gibt es einiges an Entwicklungspotenzial, wo man noch weitermachen könnte.

Warum meine ich das? – Da komme ich zu dem Punkt, wo vorhin schon angesprochen worden ist, dass die Seite der Sozialpartner oft einiges kritisiert. Ich möchte nur ganz klar sagen: Die privaten Haushalte tragen 40 Prozent der Ökostromförderung und verbrauchen rund 24 Prozent, 25 Prozent des Stroms. Die Industrie verbraucht ungefähr 20 Prozent und trägt 6 bis 7 Prozent. Das ist schon ein Punkt, wo ich sage, da muss man sich einmal die Lastenverteilung ansehen, natürlich auch vor dem Hintergrund – das ist mir vollkommen bewusst – einer Standortdebatte. Gerade diese führt aber dazu, dass Haushalte immer stärker belastet werden.

Es ist ja der Absolutbetrag schon genannt worden, es sind heuer 84 € und im kommenden Jahr werden es 100 € sein. Das ist nicht Nichts, das ist für viele Haushalte einiges an Geld. Dem möchte ich auch einmal gegenüberstellen, dass wir auf der anderen Seite auch sehen, dass natürlich bestimmte Profite sehr stark privaten Unternehmen zugutekommen. Wir sehen Umsatzrenditen, gerade bei Wind, die deutlich höher sind als bei konventionellen Erzeugern. Und da muss man sich natürlich schon auch die Frage stellen: Wie schauen die Eigentumsverhältnisse in diesen Bereichen aus?

Das heißt, wir sind damit konfrontiert – und das sage ich jetzt natürlich aus Sicht der Arbeiterkammer –, dass die niedrigen Strompreise, die wir derzeit haben, vor allem bei der Industrie ankommen. Sie sind bei der Ökostromfinanzierung stark ausgenommen, und am Ende des Tages zahlen die KonsumentInnen.

Deshalb zum Schluss: Ich kann das nur unterstützen, was mein Vorredner gesagt hat. Es geht darum, in der Diskussion einen Blick auf das Gesamtsystem zu haben. Erneue-

Mag. Silvia Angelo

erbaare Energien sind Teil des Gesamtsystems. Wir haben aber natürlich auch Netze, wir haben Speicher, wir haben konventionelle Erzeugung, und wir haben Energieeffizienz. Ganz wichtig ist und im Vordergrund muss stehen, dass Energie für die meisten Menschen etwas ist, was sie logischerweise täglich brauchen. Das heißt, sie muss leistbar sein, und wir müssen eine bestimmte Versorgungssicherheit haben. All das soll damit möglich sein.

Gleichzeitig ist das auch ein Bereich – das ist für uns wichtig, und das hat die Frau Ministerin des Öfteren betont –, wo es Wachstum gibt, wo es Innovation gibt, wo Beschäftigte einen Job finden können.

Zur Energieeffizienz möchte ich abschließend – ganz wichtig – nur eine Bemerkung machen, da unterscheiden wir uns ein bisschen in der Auffassung. Ich möchte jetzt über das Gesetz nichts weiter sagen, nur glaube ich, dass man auch dem, der Schnitzel verkauft, sagen kann, er könnte auch ein bisschen an der Beilage arbeiten. Es müssen nicht immer nur Schnitzel sein. – Danke. (*Beifall.*)

12.49

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Danke für Ihre Ausführungen, Frau Mag. Angelo.

Unser nächster Referent ist Herr Dr. Binder-Kriegelstein. Er ist studierter Rechtswissenschaftler und Geschäftsführer von Renewable Energies Consulting. – Bitte.

12.50

Dr. Fritz Binder-Kriegelstein (Geschäftsführer Renewable Energies Consulting): Herr Präsident! Herr Vizepräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gestern hat man mich bei einer Diskussion einen „Energiewendemissionar“ genannt. – Ja, dem darf ich zustimmen. Ist noch viel zu missionieren? – Ja, eine ganze Menge. Die glückliche und die frohe Nachricht, und ich beschäftige mich insbesondere mit den Kosten, ist: Wir können uns das alles leisten!

Ein kleines Beispiel: Ich habe letztes Jahr eine Photovoltaikanlage verkauft, 400 kW, stellen Sie sich eine Fläche von in etwa 3 000 Quadratmetern vor. Der kW-Preis pro Kilowatt Leistung war 1 300 €. Im Waldviertel kommen im Jahr von einem kW 950 Kilowattstunden herunter, das haben wir uns so ausgerechnet. In 25 Jahren, so ist der Businessplan, sind dann 23 750 Kilowattstunden geerntet. Die Rechnung ist einfach, 1 300 dividiert durch 23 750 ergibt einen Strompreis von 5,5 Cent für diese Anlage – und zwar garantiert, denn die Investitionskosten habe ich hingelegt, die Primärenergie ist die Sonne, die wird immer gleichpreisig bleiben, nämlich null, und insofern ist das eine sehr interessante Sache.

Jetzt kommt eine Eigenstromverbrauchsabgabe nach dem Elektrizitätsabgabegesetz. Dieses Gesetz wurde 1996 beschlossen, damals hat absolut niemand – ich lege beide Hände ins Feuer – an Photovoltaik gedacht, niemand, und dann wird auf einmal der Businessplan um 27 Prozent, nämlich um 1,5 Cent teurer – um 27 Prozent!

Wenn jemand sagt, dass die Energiewende, erneuerbare Energie gefördert und befördert wird, dann ist das ein gutes Beispiel, wie mit Gesetzen zarte Pflänzchen eigentlich wieder trockengelegt werden – enttäuschend.

5,5 Cent war die Anlage, der Börsenpreis liegt momentan bei 4 Cent. Dipl.-Ing. Zapreva, die Geschäftsführerin von Wien Energie, sagt selbst, Gas zu verstromen zahlt sich erst aus, wenn das Ganze 6 Cent kosten kann, darunter geht es nicht. Momentan liegen wir an der Börse bei 4 Cent. Gasstrom ist nicht rentabel und liegt über Photovoltaikstrom. AKW-Strom liegt bei 20 Cent für Neuanlagen. Das ist ungefähr das, was man ausrechnen kann, wenn man Hinkley Point C anschaut, also das AKW – der Beschluss soll im September gefasst werden –, das in Großbritannien entstehen soll.

Dr. Fritz Binder-Krieglstein

Warum 20 Cent? – 10,9 Cent die eingespeiste Kilowattstunde, tarifgesichert über 35 Jahre, indexgesichert, und dann rechnen Sie das zusammen, dann kommt ungefähr ein Mittel von 20 Cent heraus.

Alt-AKW-Kosten waren – der französische Rechnungshof hat das im Auftrag der französischen Regierung vor ungefähr etwas mehr als einem Jahr ausgerechnet – alle Kosten und alle Investitionen in die Atomkraft seit den fünfziger Jahren, dividiert durch alle Kilowattstunden Atomstrom, die seit den fünfziger Jahren herausgekommen sind. Das ergibt einen Strompreis von 50 bis 55 Cent, meine Damen und Herren.

„Langfristig“ ist das Thema: Ein Atomkraftwerk hat 40 bis 60 Jahre Laufzeit, eine Windkraftanlage laut Businessplänen 20 Jahre oder länger, Businesspläne für Photovoltaikanlagen gehen von 25 bis 35 Jahren aus. Wir müssen langfristig denken! Wer hier entscheidet, muss klare, planbare Vorgaben machen, und das sind Sie, meine Damen und Herren! Sie geben vor, unter welchen Bedingungen die Wirtschaft was macht oder unterlässt.

Unter den Kostenaspekten, die ich bisher genannt habe, ist es relativ klar. Ich nehme immer folgendes Beispiel: Es wurde ein Gesetz beschlossen, es müssen 98 Prozent der Stromzähler bis 2019 umgestellt werden. Das ist eine gesetzliche Vorgabe, weil eine Studie errechnet hatte, wenn man 60 Prozent oder 70 Prozent umstellt, im gleichen Zeitraum, oder vielleicht 80 Prozent umstellt, dann wird es teurer, also machen wir möglichst schnell den ganzen Umstieg. Genau so verhält es sich mit der Energiewende und den Kosten der Energiewende. Je schneller wir sie durchführen, umso effizienter wird sie. Es braucht die entsprechenden Rahmenbedingungen.

Ich möchte, weil ich hier im Bundesrat reden darf, wofür ich sehr dankbar bin, noch zwei Dinge anführen: Erstens einmal, wenn Sie eine Photovoltaikanlage errichten wollen, zum Beispiel ein einziges Modul, eineinhalb Quadratmeter auf ein Dach in Wien legen wollen, brauchen Sie eine elektrizitätsrechtliche Bewilligung. Dieses Verfahren kann bis zu einem Jahr dauern. Wenn Sie 500 kW in Salzburg bauen wollen, brauchen Sie keine Elektrizitätsabgabe, das ist in Fläche gerechnet der Faktor 2 333. Ich bitte Sie, insbesondere auch die Bundesrätinnen und Bundesräte, in Ihrem Land dafür zu sorgen, dass diese Grenze auf Salzburger Niveau angehoben werden kann. Technische Probleme, wie man ja in Salzburg sieht, entstehen, glaube ich, nicht. Salzburger Strom ist nicht besonders anders. (*Beifall.*)

Ich komme zum Kern. Professor Volker Quaschnig ist Energieexperte an der HTW Berlin, Hochschule für Technik und Wirtschaft, er hat also beide Bereiche seit Jahrzehnten in seinem Tätigkeitsbereich. Er hat kürzlich Folgendes gesagt: Die Energiekonzerne in Europa müssten in Insolvenz gehen, stattdessen laufen sie zur Politik. Wir sind mitten in der Energiewende drinnen. Es ist ein Kampf ausgebrochen, der wird mehr als intensiv und hart geführt, und er wird sich natürlich auch über die Kosten definieren.

Einiges an Kosten habe ich Ihnen, glaube ich, darlegen können, und ich glaube, damit ist auch der Ausgang des Kampfes definiert. Je länger ein Kampf dauert, umso teurer. Das Teuerste, das es gibt, ist Krieg. Wir befinden uns in dieser Branche genau in diesem Szenario, leider, und es wird teuer. Mit entsprechenden Rahmenbedingungen, um diese ganze Übergangszeit zu verkürzen, helfen wir uns allen. Das ist meine Aussage nach langer Erfahrung in diesem Bereich.

Ich möchte Ihnen – hoffentlich habe ich das ein Stück weit tun können – Mut machen; Mut machen, diese Rahmenbedingungen mit zu beschließen. Ich darf Sie einladen, wann immer Sie dazu Fragen haben, ich bin gerne für Auskünfte, Informationen, Gespräche bereit.

Dr. Fritz Binder-Krieglstein

Ich gebe täglich einen Energiewende-Newsflash, mit mehreren Meldungen, auch international, heraus, den auch einige Damen und Herren hier im Raum beziehen. Eine Meldung möchte ich zum Abschluss bringen. Wir allen kennen Warren Buffett, den Mister Superstar der Börse, er war gestern bei einer Veranstaltung in den USA. Dort hat er auf die Frage, wie viel er denn in erneuerbare Energie investiert, gesagt: Ja, also unser Berkshire-Hathaway-Konzern ungefähr 15 Milliarden, aber es sind weitere 15 Milliarden bereit, und ich bin dafür, dass die eingesetzt werden! – Danke schön. *(Beifall.)*
12.58

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Dr. Binder-Krieglstein.

1995 wurde der Energiepark Bruck an der Leitha gegründet, mit dem Ziel, die Stadtgemeinde Bruck an der Leitha bei der Erreichung der Klimabündnisziele zu unterstützen. Der Vorstandsvorsitzende beziehungsweise der Präsident des Energieparks Bruck an der Leitha Herbert Stava ist unser nächster Referent.

Ich erteile Ihnen das Wort.

12.58

Herbert Stava (Vorstandsvorsitzender Energiepark Bruck/Leitha): Einen schönen Frühnachmittag! Herzlichen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, hier vor diesem Forum sprechen zu dürfen!

Ich bin wahrscheinlich einer derjenigen, die Frau Angelo gemeint hat, ein Nutznießer der Rahmenbedingungen, die Sie mit schaffen. Ich bin einer der ersten Investoren im Bereich Windenergie. Der Bürgermeister aus Zurndorf hat mich damals inspiriert, der Rudi Suchy, der den Windpark dann leider nicht umsetzen konnte. Wir konnten in Bruck an der Leitha das machen, was er im Burgenland zwar initiiert hat, aber nicht umsetzen konnte. Wir haben den ersten Windpark im größeren Stil, mit 9 Megawatt, in Niederösterreich im Jahr 2000 umgesetzt.

Der Verein Energiepark hat sich 1995 bei seiner Gründung das Ziel gesetzt, alle erneuerbaren Energieformen in der Praxis zu beweisen, also zu zeigen, dass das umsetzbar ist – sowohl Biomasse als auch Wasserkraft, Windenergie und natürlich alle Formen von Sonnenenergie, Photovoltaik und Wärme aus Solarenergie.

Der Verein ist mittlerweile eine Gruppe von zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die im Wesentlichen regional Arbeit leistet und die, gemeinsam mit der TU Wien, einen Universitätslehrgang entwickelt hat und diesen auch seit zehn Jahren führt. Wir haben sehr viel Regionalmanagement gemacht, wir haben auch internationale Forschungsprojekte, wir beschäftigen uns mit Energiebuchhaltung für die Gemeinden und sind auch Dienstleister für die Gemeinden und für Betriebe.

Um den Verein herum hat sich eine Anzahl, eine mittlerweile sehr große Anzahl von Firmen entwickelt, die über 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Wir haben bis jetzt aus eigener, privater Kraft ungefähr 100 Millionen € investiert, alles aus privatem, hauptsächlich bäuerlichem Background. Ich bin selbst vom Brotberuf Biobauer. Um unseren Verein herum sind fast lauter Landwirte und Bauern, die sehr sanft, aber doch mit einem gewissen Druck in Richtung Biolandwirtschaft getrieben und gezwungen werden. Lange darf man bei uns nicht dabei sein, wenn man dann nicht auch Biobauer wird, weil sich das mit dem Thema Nachhaltigkeit gar nicht anders verträgt.

Zu unserer Gruppe: Es gibt eine ganz breite Bürgerbeteiligung mit ungefähr 200 Hauptgesellschaftern, die Summen jenseits von 50 000 € einsetzen, und einigen Hundert – mittlerweile sind es, glaube ich, schon über tausend – Kleingesellschaftern. Die FMA macht es uns nicht ganz einfach. Diese Dinge muss man immer neu aufstellen. Das

Herbert Stava

frühere Beteiligungsmodell ist nicht mehr möglich. Mittlerweile gründen wir auch schon kleine Aktiengesellschaften, um das überhaupt umsetzen zu können. Aber der Zusppruch aus der Bevölkerung und der Wunsch von Menschen, die an dem Thema erneuerbare Energie oder dem ganzen Randbereich – mittlerweile züchten wir auch Bioalgen, um in Bruck an der Leitha in größerem Stil Öl zu produzieren – interessiert sind, sich daran zu beteiligen, ist groß, und somit fließt auch vieles von dem eingesetzten Kapital und auch von Förderungen wieder in die Region zurück. Aus unseren Windanlagen alleine kommen derzeit ungefähr 1,5 Millionen €, die jedes Jahr wieder Rückflüsse in die Region bringen.

Kurz ein paar Beispiele zum Thema Biogas, weil es um Rahmenbedingungen geht: Die Biogasanlage, die wir in Bruck betreiben, ist eine der größeren Anlagen in Österreich, eine 2-Megawatt-Anlage, mit 30 000 Tonnen Bioabfall, die wir verarbeiten. Da ist der Tarif jetzt ausgelaufen. Die Rahmenbedingungen sind so, dass wir anscheinend keine Tarifverlängerung bekommen. Jetzt haben wir uns etwas einfallen lassen, ein längeres Forschungsprojekt gemeinsam mit Wien Energie, OMV und EVN – sie alle in ein Boot zu bringen, war gar nicht so einfach, aber eine sehr lehrreiche Sache für alle gemeinsam –, um Gas auf Erdgasqualität zu reinigen und das Erdgas ins Netz zu schicken und dementsprechend zu Marktpreisen zu verkaufen. Wir brauchen keine Förderungen mehr dafür, also keine Einspeisetarife, sondern haben einen Marktpreis, und zu dem verkaufen wir das Gas. Da gab es eine Förderzusage, die jetzt sehr wackelt, weil sich die Rahmenbedingungen ändern.

Ich bin jetzt seit fast 20 Jahren im Geschäft, und die Rahmenbedingungen ändern sich leider für den praktischen Nutzer, der draußen damit umgehen muss, ständig. 1995, als wir begonnen haben, hat sich das Ökostromgesetz langsam – zumindest Ende der neunziger Jahre – abzuzeichnen begonnen. Als es dann 2002 ins Leben gerufen wurde – ich durfte da ein bisschen mitwirken –, hat die Entwicklung dann wieder eine ziemliche Degression erlitten und erst mit dem neuen Ökostromgesetz 2012 wieder Schwung bekommen. Jetzt haben wir 2014, und wir denken schon fest über eine massive Änderung nach, weil sich in Brüssel vieles geändert hat, weil sich in Deutschland vieles ändert, weil wir auch, uns an den Besseren orientierend, wie heute schon erwähnt, noch besser werden wollen. Aber es ändert sich immer alles, und es wird nicht unbedingt lustiger, sondern es wird meistens sehr viel schwieriger für die Akteure.

Es ist meine Bitte und mein Appell an Sie alle – damit höre ich dann mit meinem Vortrag schon ein bisschen vor der Zeit auf –, sich immer vor Augen zu halten, dass entsprechende Rahmenbedingungen notwendig sind. Ohne sie kann niemand investieren. So eine Planung braucht oft nicht nur ein Jahr, sondern bei Windenergie sind es meistens fünf Jahre, und für eine Biogasanlage eine Umweltverträglichkeitsprüfung im großen Stil zu machen, ist unter drei Jahren nicht möglich. Wenn man so etwas anfängt und einmal private Leute dazu bringt, sich in diesem Bereich zu engagieren, dann sind viele – wir merken es auch bei der Photovoltaik immer wieder – enttäuscht von den Rahmenbedingungen, dass wir das immer wieder hin- und herrücken, dass wir sagen, es muss sich alles entsprechend effizient darstellen.

Das Energieeffizienzgesetz wird jetzt nicht gleich das Ökostromgesetz kippen, aber ich weiß, dass es – der Herr Minister hat es schon erwähnt – eine Enquete geben soll, wo wir daran arbeiten, das jetzige Ökostromgesetz auch EU-konform zu machen. Die Deutschen haben uns da ein bisschen vorausseilend schon etwas gezeigt. Ob das immer so schlau ist, sei dahingestellt. Wir wissen, dass es in anderen Bereichen nicht funktioniert hat. Ich hoffe, dass es in Österreich – auch mit Ihrer Hilfe – effizienter, besser und vor allem nachhaltig wirtschaftlich und ökologisch und sozial verträglich und damit sinnvoll sein wird. – Danke schön. *(Beifall.)*

13.05

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer**Diskussion**

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank für Ihre Ausführungen, Herr Vorstandsvorsitzender.

Bevor ich der ersten Rednerin beziehungsweise dem ersten Redner das Wort erteile, weise ich darauf hin, dass die Redebeiträge eine Dauer von 3 Minuten nicht überschreiten sollen, und ersuche gleichzeitig darum, diese Vorgabe einzuhalten. Die Reden sind weiterhin, so wie bis jetzt, vom Rednerpult aus zu halten.

Der Erste, der uns beweisen wird, dass man das in 3 Minuten hervorragend schafft, ist unser Bundesratskollege Stefan Schennach von der SPÖ. (*Heiterkeit.*)

13.06

Bundesrat Stefan Schennach (SPÖ, Wien): Sehr geehrte Damen und Herren! Lieber Herr Präsident! Seitens unserer Fraktion einmal ein herzlicher Dank. Der Bundesrat hat ja derzeit einen burgenländischen Präsidenten, und es ist nahezu logisch, dass dann das Thema erneuerbare Energie hier breiten Raum hat.

Herr Bundesminister Mitterlehner hat vorhin Platzierungen Österreichs im europäischen Umfeld genannt. Man kann es auch einmal anders anpacken und sagen: Zu dieser Stunde würde der EU-Ausschuss des Bundesrates stattfinden, und dieser EU-Ausschuss des Bundesrates hat den Bundesrat von 39 Kammern auf Platz zwei in Europa, als Europa-aktivste Kammer, gebracht. Daran können wir auch sehen, dass diese Debatte vor einer interessanten Weichenstellung in Europa stattfindet, denn nach der Währungsunion und der Bankenunion stehen wir am Vorabend einer Energieunion. Und auch wenn du, lieber Magnus Brunner, Frau Bundeskanzlerin Merkel zitiert hast: Das Spiel ist in Europa nicht gewonnen! Die abtretende Kommission versteht unter „renewable“ ganz andere Dinge. Die setzt nämlich auf Kohle, auf Fracking und auf Atomtechnologie, und sie will Ökostromförderungen und den Renewable-Bereich ganz stark reduzieren. Das heißt, wir werden einen ganz klaren Blick darauf richten müssen, wie diese neue Kommission zustande kommt, und zwar aus energiepolitischen Überlegungen.

Und, wie Frau Angelo gesagt hat, die Dressurpeitsche der Europäischen Union ist das Beihilfenrecht. Mit diesem Beihilfenrecht sind wir hier auf Kollisionskurs, und das gilt es entsprechend, auch im Sinne der Subsidiarität, zu definieren.

Aber es geht ja auch anders: Als Vorsitzender der Union für das Mittelmeer leite ich ab morgen bereits mit 47 Staaten die Umsetzung des Mittelmeer Solarplans, den wir sechs Jahre lang durch die Klippen des Arabischen Frühlings geschifft haben und der nun Realität ist. Das heißt, es kommen ganz neue grüne, saubere Energiekooperationen zwischen Nord und Süd zustande – es gibt bereits die erste Leitung zwischen Marokko und Spanien –, aber auch zwischen Süd-Süd und Nord-Nord.

Wenn wir uns das heute anschauen, dann müssen wir sagen: Wenn es nicht das Bewusstsein für erneuerbare Energie ist, so ist es oft die Sicherheit! – Ich hatte vor wenigen Wochen den Gouverneur von Bagdad hier zu Gast, wo man immer wieder das Problem hat, dass die Kraftwerke bombardiert werden, und dann gibt es kein Licht in Bagdad. Das ist eine Sicherheitsfrage. Aber wenn man die öffentliche Beleuchtung mittels Photovoltaik, wie es die UNO empfiehlt, macht, dann schaut die Sicherheit ganz anders aus.

Oder wenn zum Beispiel Oman, einer der ganz großen Förderer der erneuerbaren Energie, in Jordanien einen Windpark hinstellt und damit – und das ist ganz wichtig – das geplante Atomkraftwerk in Akaba kippt, dann sehen wir, dass das eine ganz spannende Entwicklung ist. Die erneuerbare Energie ist ganz einfach die Zukunft! Und wenn eine arabische Konferenz in Wien vor wenigen Wochen gesagt hat: The future of

Bundesrat Stefan Schennach

the Arab world is renewable and sustainable!, so zeigt es, dass selbst in diesem Bereich und nicht nur in Europa das Bewusstsein wächst, dass die Energiewende eine erneuerbare sein muss.

Ich glaube, lieber Harry Himmer, ich habe die Zeit eingehalten. – Danke. (*Beifall.*)

13.09

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Lieber Stefan Schennach, nicht ganz, aber ungefähr.

Nächster Redner ist Herr Kollege Deimek von den Freiheitlichen. – Bitte.

13.10

Abgeordneter Dipl.-Ing. Gerhard Deimek (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Vizepräsident! Meine Damen und Herren! Auch wenn der Anlass der heutigen Enquete, das wunderbare Vorzeigeprojekt aus dem Burgenland, nicht eins zu eins auf alle anderen Bundesländer übertragbar ist, so soll man doch zumindest den Kern davon herausnehmen und schauen: Wie kann man etwas zum Positiven bewegen?

Es ist als Erstes einmal vielleicht ein umfassender Denkansatz, den man haben sollte. Elektrische Energie sollte man nicht nur in den Haushalten betrachten, sondern es ist darunter vor allem auch Energie zu verstehen, die für Mobilität und im Bereich der Industrie eingesetzt wird. Wir haben dabei eine ganzheitliche Betrachtung **aller** Energieformen anzustellen. Von Minister Mitterlehner wurde beispielsweise die Industrie erwähnt. Gerade die Grund- und Rohstoffindustrie hat einen nicht kleiner werdenden Energiebedarf, und was das von ihm zitierte Beispiel Stahl betrifft: Zur Produktion einer Tonne Stahl braucht es etwa 600 Tonnen Koks. Da können wir jetzt darüber diskutieren, ob wir das haben wollen oder nicht, aber wenn wir Europa nicht deindustrialisieren wollen, werden wir dort Koksconsumation haben, und es wird natürlich auch CO₂ entstehen. Das können wir nur beseitigen, wenn wir deindustrialisieren, und ich gehe nicht davon aus, dass wir das auch wirklich wollen.

Was den Bereich Verkehr betrifft, so ist natürlich auch die Mobilität zu betrachten. Die Mobilität wird nicht weniger, sie wird mehr. Das heißt, auch dort wird der Energieverbrauch mehr. Da geht es nur um die Frage, welche Form und welche Art der Energie man sinnvoll anwenden kann.

Was heißt das für uns als gesetzgebende Versammlung, als Parlament? – Wir sollen in unserem Land die Forschung entsprechend ausweiten und wir sollen sie fördern. Wo sollen wir sie fördern? Beispielsweise bei den zitierten Speichermöglichkeiten oder bei der Energielogistik – kleine Netze, die helfen, die großen, starken Netze zu unterstützen oder beispielsweise auch zu substituieren – oder, um auch einmal das Fracking von der positiven Seite in den Mund zu nehmen, bei dem von der Montanuniversität entwickelten Bio-Fracking.

Wir sollen auch im Betrieb fördern, und zwar das, was lebensfähig ist, und nicht, was nicht lebensfähig ist. Das heißt, ähnlich wie im Verkehrssektor, ein Trennen zwischen den reinen Infrastrukturbetrieben und den Verteilern, Erzeugern und Produzenten.

Und wir müssen im Endeffekt auch handeln. Wir sollten vorausdenken, einen Masterplan erstellen, wie wir ihn im Verkehr seinerzeit unter Forstinger hatten – jetzt heißt er nicht „Masterplan“, sondern „Zielnetz 2025“ –, und wir müssen auch bei den einzelnen kleinen Dingen vorausdenken wie etwa bei den Tankstellen. Wenn wir beispielsweise nur 20 Prozent unserer Mobilität auf E-Mobilität umstellen, was heißt das für die Tankstellen? – Wir kommen mit einer E-Tankstellen-Infrastruktur, wie wir sie derzeit haben oder wie sie auch nur in den nächsten fünf Jahren vorstellbar wäre, bei Weitem nicht zurande. Daher: Vorausschauend denken! – Danke. (*Beifall.*)

13.13

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste gelangt Frau Hammermüller von Austria Solar zu Wort. – Bitte.

13.13

Doris Hammermüller (Geschäftsführerin, Verband Austria Solar): Herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zur Solarwärme zu sprechen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit auf eine Technologie lenken, die uns allen schon seit langer Zeit sehr gut bekannt ist, nämlich Solarwärme. Ich nenne diese gerne unseren schlafenden Riesen. Vor zehn Jahren hat Solarwärme einen riesigen Hype erlebt, die Anlagen wurden größer, die Versorgung ist stark angestiegen. Was in den letzten fünf Jahren geschehen ist, nämlich dass sich die Zuwächse bei der Solarwärme stark reduziert haben, ist leider auch eine kleine Tragödie für die Energiewende, würde ich einmal sagen. Die Solarwärme ist einfach die leistungsstärkste Solartechnologie, und sie hat das Potenzial, drei- bis viermal so viel Energie zu produzieren wie die Photovoltaik, die ein sehr attraktives – auch sehr notwendiges – Thema im Bereich der Energieproduktion geworden ist. Wir haben das auch hier heute schon gemerkt.

Mir ist ganz wichtig, Folgendes klarzustellen: Wenn wir über regionale Versorgung sprechen, dann sollten wir uns auch überlegen, was wir denn regional versorgen wollen. Und unser Hauptthema ist einfach die Wärme. 52 Prozent der Endenergie fließen in den Wärmebereich, das hat unser Minister heute auch schon erwähnt, und in diesem Bereich ist Solarwärme die Technologie, die den größten möglichen Ersatz für alle bisherigen Technologien anbietet. In der Wärme haben wir derzeit keine andere unendlich verfügbare und saubere Option, die auch speicherbar ist.

Warum ich das auch bei Ihnen anbringen möchte: Es geht auch hier um politische Rahmenbedingungen. Wir haben ein System, das sowohl in ganz kleinen Mengen als auch in sehr großen Mengen sehr, sehr viel an Energie produzieren kann, und dies zu sehr, sehr günstigen Preisen, wenn man das Gesamtsystem betrachtet.

Ein bisschen etwas zum wirtschaftlichen Background: Wenn die Zahlen von Herrn Minister Mitterlehner stimmen, wovon ich ausgehe, dann hat Solarwärme derzeit fast 10 Prozent der Beschäftigten im Bereich der erneuerbaren Energien. Das heißt, die Technologie mit einem Exportanteil von 80 Prozent ist auch wirtschaftlich – nicht nur energietechnisch – ein sehr, sehr wesentlicher Bereich. Wir könnten von dem Handelsdefizit in Höhe von 17 Milliarden €, das wir im Energiebereich haben – und das, soweit ich gelesen habe, unser höchstes ist –, mit Solarwärme locker in 10, 15 Jahren 2 Milliarden einsparen, indem wir saubere, regionale, für alle Menschen leistbare und anschlussfähige Energie produzieren.

Wir haben uns leider von diesem Ziel entfernt. Wir haben ein bisschen den Fokus unserer Aufmerksamkeit verschoben. Unsere Vision ist ganz klar: Wir werden in Zukunft im Neubau sogar vollversorgte Solarwärmegebäude haben. In der Sanierung, wo wir noch lange nicht dort sind, wo wir eigentlich hinwollen, wird es unerlässlich sein – und da kommt jetzt auch noch die Energieeffizienz ins Spiel –, die fossilen Anlagen, die nicht sofort durch Solarwärmeanlagen ersetzt werden können, wenigstens in den Sommermonaten, wo die Kessel extrem schlecht laufen, weil sie extrem niedrige Wirkungsgrade haben, einer Effizienzsteigerung zu unterziehen.

Letztendlich werden wir unsere Energiewende nur schaffen, wenn wir uns überlegen: Wie reduzieren wir unseren Anteil im Wärmebereich? Und, bitte – auch hier ist heute schon mehr als die Hälfte der Zeit über Strom diskutiert worden –, unser Problem ist Wärme. Hinter dem Strom stecken große Konzerne, die die Entwicklung vorantreiben. Im Wärmebereich, der zersplittert ist wie nur was, gibt es kaum eine gemeinsame Kraft, die diesen Bereich voranbringt. Vielleicht ist es ja in Zukunft der Bundesrat oder

Doris Hammermüller

auch der Nationalrat. Es würde mich sehr freuen. Wir brauchen eine Wärmewende! – Herzlichen Dank. (*Beifall.*)

13.18

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Rednerliste ist jetzt geschlossen.

Als Nächster gelangt Herr Abgeordneter Köchl von den Grünen zu Wort. – Bitte, Herr Kollege.

13.18

Abgeordneter Matthias Köchl (Grüne): Geschätzte Damen! Geschätzte Herren! 17,3 Milliarden € – das ist für mich eine ganz wichtige Zahl, weil wir als Österreich alljährlich 17,3 Milliarden € für Energieimporte ausgeben. Sie wissen, wohin das Geld da fließt: nach Dubai, Russland et cetera. Also 17,3 Milliarden € jährlich ist eigentlich der Maßstab für uns, und manchmal befremdet es daher, wenn dann wieder irgendwo über 2 oder 3 Millionen an Förderungen diskutiert wird. Aber das möchte ich jetzt gar nicht im Detail ausführen.

Wir haben heute sehr, sehr oft gehört: könnte man, müsste man, sollte man. Ich frage nur, wo dieser Herr Müsste-man, Könnte-man, Sollte-man sitzt, denn aus Sicht von uns Grünen geht es um das Umsetzen und nicht nur um das, was wir könnten, wenn wir wollten.

Ich bin auch nicht der Meinung, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz so schlecht ist, wie es hier immer dargestellt wird. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Deutschland hat durch diesen Rahmen, durch diese rechtlichen Rahmenbedingungen eigentlich die Sicherheit für Milliardeninvestitionen, für Forschung geschaffen. Und in Wahrheit könnte man jetzt sagen, Österreich schmarotzt – wenn man es böse formuliert – eigentlich von diesen Errungenschaften, denn ohne das Erneuerbare-Energien-Gesetz in Deutschland hätten wir vieles einfach nicht. Das sind Fakten, und das wird hier auch immer wieder totgeschwiegen.

Aus unserer Sicht geht es also um Rahmenbedingungen. Das Wort „Förderungen“ kann ich, ganz offen gesagt, fast nicht mehr hören, denn fördern kann man vieles. Das wird dann auch immer so verniedlicht, und dann kommt immer wieder gleich der Ruf nach der Forschung. Die ganze Forschung nützt aber nichts, wenn die Rahmenbedingungen nicht passen!

Natürlich braucht es Forschungsförderung, aber im Prinzip braucht man stabile Verhältnisse, damit sich die Investitionen in erneuerbare Energien lohnen, aber auch adäquate Einspeisetarife, gerade bei der Photovoltaik, denn da geht es ja darum, dass Millionen Menschen das machen sollen.

Der grüne Ansatz ist ganz einfach: Weg mit den Förderformularen, weg mit der Bürokratie! – Stellen Sie sich einmal vor, Sie müssten für die Installation einer Ölheizung eine Baubewilligung bringen, einen Einspeisepunkt im Kamin haben, aber nur beim Rauchfangkehrer Ihres Vertrauens et cetera, et cetera. – Sie merken, worauf ich hinauswill. Wir müssen also eigentlich die Erneuerbaren zum Normalzustand erklären und alles, was fossil ist, mit Bürokratie und Formularen und Regelungen einschränken. Das ist eigentlich der richtige Ansatz; jetzt haben wir es umgekehrt.

Und Förderungen? – Ja, schön und gut, aber das beste Fördern wird nichts helfen, wenn der Gesamtrahmen und das Fundament nicht passen, und daran sollten wir gemeinsam arbeiten. – Danke sehr. (*Beifall.*)

13.20

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Das war toll in der Zeit.

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer

Als Nächster ist Herr Štefan Merkač von der Kärntner Landesregierung zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Kollege.

13.20

Dr. Štefan Merkač (Kärntner Landesregierung): Meine Damen und Herren, es wird *(der Redner hält ein Bündel von Ausdrucken in die Höhe)* ein bisschen länger dauern, glaube ich. *(Heiterkeit.)*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wurde schon ein paarmal erwähnt, man müsste den Finger auf die Wunde legen, und das hat man heute hier offensichtlich nicht getan, denn das Thema Nummer zwei ist die Wärme, das stimmt schon, aber das Thema Nummer eins ist die Mobilität – leider.

Die Frau Ministerin als Zuständige hat sich dazu leider überhaupt nicht geäußert, obwohl wir damit einen riesigen Hebel hätten und haben. Der erste Hebel ist Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel, also die öffentlichen Verkehrsmittel attraktiv, leistungsfähig machen, und das bundesweit. Beim zweiten Hebel – auch da ist der Herr Minister, der dafür zuständig ist, nicht mehr da – geht es um die Effizienzgeschichte, und zwar nicht um die Minimalanforderung der Europäischen Union, diese 20-20-20-Ziele – das ist EU-weit unser kleinster gemeinsamer Nenner. Wir sind hier in Österreich. Wir sind hier in einem Land, wo wir die nötigen Ressourcen haben. Die erneuerbaren Ressourcen stehen uns zur Verfügung. Wir nutzen sie zu wenig, das ist das eine, aber auch wenn wir sie voll ausschöpfen, schaffen wir es nicht ohne Energieeffizienz und ohne einen Stopp bei der Energieverschwendung.

Ich komme aus einem Bundesland, wo wir uns in den letzten Monaten sehr, sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigt haben, und zwar über alle Parteigrenzen hinweg. Es gibt einstimmige Landtagsbeschlüsse, die von der Regierung sind es sowieso, um einen **Energie-Masterplan** zu erstellen – und das *(der Redner hält neuerlich das Bündel von Ausdrucken in die Höhe)* ist dieser Energie-Masterplan. Er ist am Pfingstmontag um 3 Uhr in der Früh in Druck gegangen.

Wir haben eine wunderbare Ausgangssituation: Wir in Kärnten haben einen Endenergieverbrauch mit einem 51,2-prozentigen Anteil an Erneuerbaren, und da ist die Mobilität dabei, also das, wovon der Minister gemeint hat, das muss man immer auseinanderfiletieren.

Wir können stolz darauf sein, dass wir 98 Prozent Strom aus Erneuerbaren haben, und zwar geht das dank unserer Drau. Das geht sich super aus, also wir schaffen das locker auf 100 Prozent. Wir haben nämlich in diesem Energie-Masterplan sehr mutige Ziele definiert. Und jetzt bin ich wieder an dem Punkt, wo der Herr Minister Mitterlehner sagt, 20-20-20 reicht. – Das reicht überhaupt nicht! Das ist nicht einmal der Anfang!

Wir haben uns folgende Ziele gesetzt: 2025 Komplettausstieg aus der fossilen und atomaren Energieversorgung im Bereich Strom und Wärme und 2035 im Bereich der Mobilität. Und wie das funktioniert, das können Sie gerne auf der Homepage energie.ktn.gv.at nachlesen; das allerdings noch nicht heute, sondern am 23. Juni.

Ich lade Sie herzlich ein, zur öffentlichen Präsentation nach Klagenfurt zu kommen und sich das live anzuhören. Da wird vom Landeshauptmann abwärts alles vertreten sein, denn wir stehen gemeinsam hinter dieser Energiewende in Kärnten. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall.)*

13.24

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächster ist Herr Dipl.-Ing. Oblasser zu Wort gemeldet. – Bitte.

Dipl.-Ing. Stephan Oblasser

13.24

Dipl.-Ing. Stephan Oblasser (Tiroler Landesregierung): Hohes Präsidium! Sehr verehrte Damen und Herren! Zuerst einmal: Gratulation zu dieser Veranstaltung zu diesem Generationenthema! Zweitens: Vielen herzlichen Dank, dass ich hier die Gelegenheit bekomme, kurz ein Statement abzugeben.

Wohin geht die Reise? – Ich darf mir erlauben, eine Befundaufnahme vorzunehmen: Österreichweit gibt es jährliche Energieimporte jenseits der 50-Milliarden-€-Grenze – die Summe von 17 Milliarden ist schon gefallen, mehr als 2 Milliarden sind es für Tirol. Das kommt in Tirol in die Gegend unseres gesamten öffentlichen Haushaltsbudgets. Etwa 50 Prozent der Energie – das wurde noch nicht erwähnt – geht entlang unserer Umwandlungskette verloren, also auch von diesen 17 Milliarden. Das schlechteste Beispiel diesbezüglich beziehungsweise die höchste Ineffizienz findet man ja dann bei der Mobilität – danke, Kärnten, für den Hinweis –, also da verpuffen wir mehr als 50 Prozent.

Dritter Befund: Potenzialabschätzungen weisen für Österreich, aber auch im Speziellen für mehrere Bundesländer aus, dass wir in Österreich die langfristig benötigten Energiedienstleistungen mit eigenen Ressourcen, vielfach liegen die unbemerkt vor der Haustür, abdecken können. Es gibt mehrere Studien, die das belegen.

Ich möchte hier nicht lange reden, aber ich möchte einen Appell an Sie richten und eine Lanze dafür brechen, die Energiefrage einfach mehr von der Zukunft her anzugehen und zu denken, und ich möchte auch appellieren, dass wir die Subsidiarität leben, dass wir nicht zu viel auf die EU, auf Brüssel hören sollten und die Frage selbst in die Hand nehmen. Wir können es!

Beispielsweise haben wir in Tirol einen Weg vorgezeichnet, einen Weg in Richtung Energieautonomie: Bis 2050 wollen wir dieses Maß, etwa die eigenen benötigten Energiedienstleistungen wirklich aus eigenen Ressourcen bereitzustellen, erreichen. Wir sind auf gutem Weg: Seit 2005 haben wir den Endenergieverbrauch trotz gutem Wachstum – Wirtschaftswachstum, demographischem Wachstum – um 6 Prozent gesenkt. Diesen Pfad wollen wir weitergehen.

Und ich würde und kann auch wahrscheinlich der Bundesrepublik Österreich insgesamt empfehlen, bevor man hier jetzt sehr riskant am Ordnungsrahmen herumexperimentiert, sich einmal klar zu werden über diesen Weg und dann über den Ordnungsrahmen nachzudenken. – Danke vielmals. (*Beifall.*)

13.27

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank.

Als Nächster gelangt Herr Dipl.-Ing. Weinhardt zu Wort. – Bitte.

13.27

Dipl.-Ing. Helmut Weinhardt (Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport): Meine Damen und Herren! Auch ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport bekommt keine Förderungen, dafür bekommt es ein stetig sinkendes Budget. Trotzdem versuchen wir, gerade auf dem Gebiet der Energieeffizienz viel zu tun und konzentrieren uns dabei – das Thema wurde schon von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnt – eher auf die Wärme.

Beim Strom haben wir es nicht so schwer, den bekommen wir über die Bundesbeschaffungsgesellschaft fast zu 100 Prozent aus Wasserkraft, wobei wir 8 Prozent aus eigener Wasserkraft selbst erzeugen. Bei der Wärme hingegen, wo wir doch über 300 Gigawattstunden benötigen, versuchen wir, mit regionalen Anbietern zusammen-

Dipl.-Ing Helmut Weinhardt

zuarbeiten. Wir haben schon viele Biomasseprojekte mitgetragen, einfach weil wir ein guter und großer Kunde sind, und konnten unseren Anteil an Biomasse am Gesamtwärmebedarf bereits über 15 Prozent steigern, und das ist, glaube ich, ein ganz beachtlicher Erfolg. Wir setzen auch immer mehr und mehr thermische Solarenergie ein, was uns natürlich in Zeiten des sinkenden Budgets mit den dafür benötigten Investitionen relativ schwerfällt.

Letzten Endes sehen wir unsere Aufgabe aber auch darin, dass wir den jungen Menschen, die bei uns in den Liegenschaften ihren Dienst versehen, ein bisschen vor Augen führen, was man mit Energieeffizienz leisten kann, dass man ihnen also für das spätere Leben etwas mitgeben kann. Ich denke, das ist ein Weg, wo man eine zumindest zweistellige Prozentzahl der österreichischen Bevölkerung gut erreichen kann. – Ich danke Ihnen. *(Beifall.)*

13.29

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Herzlichen Dank.

Als Nächster gelangt Herr Mag. Moidl zu Wort. – Bitte.

13.30

Mag. Stefan Moidl (IG Windkraft Österreich): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Bundesrätinnen und Bundesräte! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte seitens der Windbranche die Gelegenheit nützen, um mich zu bedanken, und zwar bedanken für den Konsens betreffend das Ökostromgesetz, denn dadurch ist sehr vieles möglich gewesen.

Man muss die Dimension verstehen: In den letzten drei Jahren konnten wir so viel Windkraftleistung in Österreich errichten wie in den 15 Jahren davor. Wir haben jetzt 1 000 Megawatt; heuer, wenn wir dazugebaut haben, wird die 2 000 MW-Gesamtleistungsgröße überschritten. Es werden jetzt viel weniger Anlagen gebaut als in der Vergangenheit, denn man baut nicht mehr Anlagen mit einem halben Megawatt Leistung oder auch keine Ein-Megawatt- oder Zwei-Megawattanlagen, sondern größere. 3 MW ist die Standardanlage im Moment.

Eine dieser Anlagen erzeugt von der Strommenge her so viel, wie 2 000 Haushalte in Österreich verbrauchen. Wir können also mit den Windkraftanlagen, die heuer errichtet werden, mehr als 1 Million Haushalte von der Strommenge her versorgen. Das ist eine sehr positive Sache, die 1,5 Milliarden € an Investitionen ausgelöst hat, weil ja die Förderung nur einen kleinen Teil dieser Investitionen abdeckt und der Großteil privates Geld ist.

Also noch einmal ein Danke an all jene, die am Zustandekommen des Ökostromgesetzes beteiligt waren, und ein Dankeschön natürlich an den Bundesrat, weil der Bundesrat auch ein Gremium der Vertretung der Regionen ist. Danke an die Bundesländer, die diese Diskussionen führen – und zwar nicht nur im Burgenland; in Niederösterreich ist das jetzt vielleicht ein bisschen schwieriger –, denn ohne die Regionen und ganz besonders die Gemeinden ist ja Windkraftumsetzung gar nicht möglich.

Ich hoffe auch, dass mit dem Ökostromgesetz noch einiges möglich sein wird, denn gerade die Leitlinien, die jetzt im April von der Kommission für neue Förderregime beschlossen wurden, sind ja nicht ein Produkt sehr durchdachter und überlegter Vorgangsweisen, sondern eigentlich ein Machtkampf gewesen und undurchdacht.

Zum Schluss will ich nur noch einen Punkt aufgreifen, der heute, glaube ich, zu kurz gekommen ist: Es geht nicht nur um die Förderungen. Alle reden davon, dass Erneuerbare marktreif und an den Markt herangeführt werden müssen, gleichzeitig haben wir in Österreich Entscheidungen getroffen, die den Markt in eine Richtung bewegt haben, die für die Vermarktung von Windstrom extrem schlecht ist. In Österreich sind die Kos-

Mag. Stefan Moidl

ten für Ausgleichsenergie bei Windenergie um das drei- bis vierfache höher als in allen anderen europäischen Ländern, obwohl niemandem zu erklären ist, warum das so ist. Wir haben in Österreich Erzeugungsbelastungen mit Komponenten wie Netzverlustentgelt oder Systemdienstleistungsentgelt, was kein Nachbarstaat den Erzeugern verrechnet.

Damit gibt es die perverse Situation, dass es billiger ist, Strom aus Tschechien zu importieren, als ihn in Österreich zu erzeugen, und ich glaube, da ist noch viel Diskussionsbedarf, dass man diese Regeln ändert.

Wir haben vor zehn Jahren 2 000 Gigawattstunden Strom aus Tschechien importiert, der vorwiegend Atom- und Kohlestrom ist, und in letzter Zeit sind das weit mehr als 10 000 GWh Strom. Da hilft es auch nichts, dass die norwegischen Wasserkraftzertifikate, die man dazukaft, den Anteil der erneuerbaren Energie in Österreich scheinbar hochtreiben, de facto ist das Atomstrom, der im Netz ist, und den würden wir gerne mit erneuerbarer Energie aus Wind, aus Solar, aus Biomasse oder Biogas verdrängen. – Danke. (*Beifall.*)

13.33

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächster ist Herr Abgeordneter Anton Mattle zu Wort gemeldet. Er ist der 1. Vizepräsident des Tiroler Landtages; Vizepräsidenten haben meinen besonderen Respekt. – Bitte, Herr Kollege.

13.34

Anton Mattle (1. Vizepräsident des Tiroler Landtages): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzter Herr Vizepräsident! (*Heiterkeit.*) Sehr verehrte Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einladung und vor allem herzlichen Dank für die Wahl des Themas und vor allem dafür, dass Sie das Wort **Regionalität** als eines der Key-Wörter zu dieser Enquete verwendet haben.

Regionalität und regionale Potenziale bedeuten für mich, dass nicht in ganz Österreich dasselbe Potenzial für die jeweilige Form der Energieerzeugung vorhanden ist, sondern dass eben eine gewisse Vielfalt besteht. Das bedeutet für mich aber auch, dass es in den energetischen Ansprüchen durchaus Unterschiede zwischen Stadt und Land gibt, und dass es vor allem, wenn es um die Affinität geht, ob man Alternativenenergien einsetzt oder nicht, auch ein starkes Gefälle zwischen den Regionen, aber auch zwischen Stadt und Land gibt.

Ich darf, da heute im Zusammenhang mit erneuerbaren Energien im Wesentlichen von Sonnenstrom und von Windenergie gesprochen worden ist, doch auch die gute alte Wasserkraft nochmals aufs Tapet holen, weil gerade auch im Bereich der Wasserkraft viele Innovationen stattgefunden haben und die Wasserkraft ein sehr gutes Beispiel – vor allem auch in Tirol – ist, dass ein großer Teil der Effizienzsteigerung im Vernetzen der Systeme liegt. Was würden viele alternative Energien nützen, wenn nicht die Speichermöglichkeiten in den Alpen vorhanden wären?

Wir haben heute über viele Dinge gesprochen, und es gibt einige Rahmenbedingungen, die von uns nur zum Teil oder ganz gesteuert werden können.

Da gibt es zunächst einmal technische Rahmenbedingungen – von Herrn Neumann ist das „Energy Net“ angesprochen worden. Ja, wer einmal versucht hat, eine Hochspannungsleitung zu verhandeln, weiß, dass das heute nicht mehr ganz so einfach ist. Aber auch bei der Frage der Speichermöglichkeiten gibt es Rahmenbedingungen – und ich gehe davon aus, dass Innovationen da einen Weg zeigen werden –, die wir nur zum Teil mitgestalten können.

Es gibt aber auch weltwirtschaftliche Entwicklungen, wie zum Beispiel den Preis von CO₂-Zertifikaten, die im Moment dazu beitragen, dass erneuerbare Energien zu teuer sind, weil eben ganz einfach viel zu viel Kohlestrom am Markt ist.

Anton Mattle

Und das dritte – und da können wir durchaus Einfluss nehmen – ist ein Thema, das häufig vergessen wird: Ein großer Teil der Energie wird nach wie vor für Heizen verwendet, und ich sehe zum Beispiel in unserem Bundesland viele Effizienzsteigerungsmaßnahmen im Rahmen der Wohnbauförderung mit Sanierungsinitiativen. Haben Sie allerdings schon einmal versucht, in einer Wohnanlage eine Sanierung durchzuführen? – Unglaublich schwierig! In diesem Fall müsste meiner Meinung nach das Wohnungseigentumsgesetz angepasst werden, sonst haben Sie kaum eine Chance. – Herzlichen Dank. *(Beifall.)*

13.37

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste ist Frau Ulrike Schwarz zu Wort gemeldet. – Bitte.

13.37

Ulrike Schwarz (Abgeordnete zum Oberösterreichischen Landtag): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte auch über das Tun reden. Oberösterreich hat sich vor Jahren schon unter dem Titel „Energiezukunft 2030“ das Ziel gesetzt, Strom und Wärme zu 100 Prozent aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Das ist ein ambitioniertes Ziel, und es war nicht ganz so einfach, das umzusetzen, aber wir – die Politik, die Bevölkerung, vor allem aber die Wirtschaft – sind gemeinsam darangegangen und haben da tolle Partner gefunden.

Wir haben schon viel erreicht, aber mit dem Ziel, das es in Kärnten gibt, mit dem Endverbrauch an Erneuerbaren, können wir noch nicht aufwarten. Immerhin gab es aber eine Steigerung: von 32 Prozent im Jahr 2005 auf 39,8 Prozent im Jahr 2012. Das ist jetzt keine unüberschaubare Menge, aber gerade auch im Industriebundesland ein wichtiges Ziel, und ich glaube, wir sind auf einem guten Weg.

Bei der Wärme sind wir schon bei 55 Prozent, wir haben aber noch viel Raum nach oben, weil wir in Oberösterreich noch sehr viele Gasheizungen haben, weil wir auch noch sehr viele Ölheizungen haben, die aber schön langsam immer weniger werden. Vor allem bei Neubauten gibt es sie Gott sei Dank nicht mehr.

Beim Strom sind wir bei 80 Prozent erneuerbarer Energie, und da möchte ich gleich einhaken, denn es ist bei den Ausführungen des Tiroler Kollegen ein Stichwort gefallen, das heute sonst noch nicht aufgegriffen wurde, nämlich Kleinwasserkraftwerke. Wir in Oberösterreich haben sehr viele Kleinwasserkraftwerke, wir haben ein ambitioniertes Programm der Revitalisierung gestartet, wo Fördermittel hineingeflossen sind, die sich aber sehr toll rechnen, und zwar auch für die heimische Wirtschaft, denn gerade auch bei der Produktion von Kleinwasserkraftwerken sind wir weit vorne. Also wir machen das nicht von der Stange, sondern produzieren wirklich angepasste Kleinwasserkraftwerke, wo der Heimatmarkt wichtig ist, damit auch der Export funktioniert.

Wir haben aber auch ein weiteres Ziel, das man gerade im Industriebundesland Oberösterreich immer mitverfolgt. Es ist schon erwähnt worden: Es gibt bei uns die Voest. – Ja, die sind am untersten Level, was CO₂ angeht, also sie sind einfach der Weltmarktführer in der Stahlerzeugung mit niedrigstem CO₂-Level. Und gerade auch da haben wir in Oberösterreich es geschafft, ein Wirtschaftswachstum **und** eine Reduktion des Endenergieverbrauches zu haben. Wir haben im Vergleich zum Bruttoregionalprodukt 19 Prozent Energieverbrauchsreduktion, ich glaube, das ist schon ein wichtiges Zeichen!

Wir sehen auch in der sehr angespannten Diskussion mit der Voest: Ja, wir sind auf dem richtigen Weg. Wir wollen da nicht noch zusätzliche Maßnahmen setzen, zum Beispiel für die Voest, sondern wir wollen jene Maßnahmen setzen, die wir alle miteinander machen können.

Ulrike Schwarz

Und wir haben eine sehr engagierte Bevölkerung. Es gab im letzten Jahr 5 000 neue PV-Anlagen, bei denen teilweise auch auf die Fördermittel verzichtet wurde, weil man sagt: Machen wir es so! Wir wollen einfach selbst etwas dafür tun!

Wir haben viele EGEM-Gemeinden, wir haben viele Energiegemeinden, die sagen, wir wollen gemeinsam etwas schaffen. Da geht es sehr oft um Wärme, aber am meisten um Mobilität. Die Menschen sind bereit, aber leider Gottes können sie oft nicht auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen, gerade – damit möchte ich zum Schluss kommen – im Mühlviertel, wo vom öffentlichen Verkehr oder auch von der Raumordnung her gar nicht so viel erreichbar ist.

Wir im Mühlviertel haben jedoch gesagt, wir möchten Vorreiter sein, gerade auch an der Grenze, in der Nähe von Temelín, möchten Zeichen setzen und haben den Ressourcenplan erarbeitet, der zeigt, welche Ressourcen wir im Mühlviertel haben. Mittels eines Verfahrens können wir auch umlegen, was wir verändern müssen – bei der Bepflanzung, bei der Nutzung der Energie, hinsichtlich Energiereduktion –, und dieser Ressourcenplan ist auch ein Regelwerk für andere Regionen.

Daher: Jede Region hat ihre Stärken, und diese müssen wir nutzen. – Danke für die Möglichkeit, hier zu reden. *(Beifall.)*

13.40

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Dipl.-Ing. Obricht. – Bitte.

13.41

Hofrat Dipl.-Ing. Peter Obricht (Niederösterreichische Landesregierung): Hohes Präsidium! Geschätzte Damen und Herren! Auch ich danke für die Gelegenheit, hier ein paar Worte sagen zu dürfen.

Die Bundesländer wurden schon einige Male erwähnt, haben ihre Beispiele aufgezeigt. Natürlich hat auch Niederösterreich eine Strategie zum Thema erneuerbare Energien. Wir haben vor, bis zum Jahr 2015 100 Prozent Strom aus Erneuerbaren zu erzeugen. Darüber wird wahrscheinlich, haben wir schon gehört, Tirol lächeln. Kärnten schafft es schon ganz gut. Das zeigt aber – ich bitte, das mitzunehmen –, dass jeder seine Potenziale hat. Jeder hat seine Möglichkeiten, und diese sind nicht gleich; Stadt/Land wurde erwähnt, auch die Regionen sind unterschiedlich.

Wir schaffen es wahrscheinlich nur mit ganz, ganz großer Kraftanstrengung, das zweite Ziel, bis 2020 50 Prozent des Endenergieverbrauchs mit Erneuerbaren zu erzeugen, zu erreichen. Das schafft Tirol, das haben wir heute schon in einigen Redebeiträgen gehört, und Kärnten wird das auch schaffen. Wir sind uns nicht sicher, aber wir geben das Ziel in diese Richtung einmal vor. Aber jeder hat seine Möglichkeiten, seine Potenziale.

Wir glauben auch, dass die Wende hin zur erneuerbaren Energien alternativlos ist; längerfristig, wir reden da von einigen Jahrzehnten. Wir wollen auch keine Renaissance der Atomenergie haben. Aber ich muss hier schon Folgendes sagen: Als ich bei Energie Österreich bei einer Diskussionsveranstaltung war, wurden Szenarien vorgestellt. Da gab es ein Szenario, das „Hightech-Szenario“ hieß. Dort waren Studenten der TU eingeladen. Was glauben Sie, was das Hightech-Szenario in der Energieversorgung dort ist? Was stellen sich die Studenten darunter vor? – Ich glaube, drei von vier Arbeitsgruppen sind zum gleichen Ergebnis gekommen, nämlich: Großkraftwerk Atomfusion.

Ich war auch etwas überrascht – nicht nur, dass man glaubt, man könne mit einer Großanlage sozusagen wieder das Rad der Zeit zurückdrehen. Ich denke, dass wir diesbezüglich noch viel Bewusstseinsbildung leisten müssen, auch an den Universitä-

Hofrat Dipl.-Ing. Peter Obricht

ten. Ich bin kein Technikfeind, aber die Atomfusion, von der jetzt auch schon bald hundert Jahre gesprochen wird, die auch Radioaktivität erzeugen wird, als Lösung hinzustellen, ist der falsche Weg. Ich denke, da braucht es andere Zugänge, jene, die wir haben.

Wir haben das NÖ Energieeffizienzgesetz auf den Weg gebracht, wo wir das Vorbild öffentliche Hand haben, wo wir die Gemeinden heranziehen, als Mittler, als Botschafter Energiebeauftragte zu benennen und eine Energiebuchhaltung einzuführen. Das ist uns sehr wichtig.

Ich glaube auch, dass es für Österreich wichtig ist, eine kohärente Energiestrategie und Klimastrategie zu machen und nicht zwei Strategien, denn das sind sehr herausfordernde Themen, und **eine** Strategie würde hier helfen.

Energieunabhängigkeit ist mir auch ein wichtiges Thema. Wir sind derzeit in hohem Maße **nicht** unabhängig von Energieimporten.

Und zu guter Letzt darf ich sagen: Selbstverständlich sind die Vorteile der Erneuerbaren schon angesprochen worden, die Preise, die Kosten. Wind und Sonne schicken jetzt noch keine Rechnung, aber die Speicherung, die Leitungen, das wurde auch erwähnt, das Gesamtsystem muss betrachtet werden.

Daher ist Energieeffizienz ganz wichtig, auch wenn das hier eine Veranstaltung für erneuerbare Energien ist. Energieeffizienz ist mit ein Schlüssel, denn die Energie, die wir nicht verbrauchen, brauchen wir nicht zu erzeugen. Und da ist es ganz wichtig, die Bevölkerung mitzunehmen, einzubinden. Auch das versucht Niederösterreich zu machen. Mit der Energiebewegung, www.energiebewegung.at, versuchen wir, sehr viele Bürgerinnen und Bürger bei diesen Themen mitzunehmen, vom Hausbauen bis zum Stand-by. – Vielen herzlichen Dank für die Möglichkeit, hier zu sprechen. (*Beifall.*)

13.44

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächster zu Wort gelangt Herr Mag. Mayer. – Bitte.

13.44

Mag. Erwin Mayer (Stellvertretender Geschäftsführer von Kleinwasserkraft Österreich): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte in zweierlei Funktion sprechen, einerseits als Erneuerbare-Energie-Vorstand, wo mich auch Klima- und Energiepolitik im Allgemeinen interessiert, und andererseits aus der Sicht der Kleinwasserkraft, die ich vertrete.

Mir ist aufgefallen, dass heute das Wort „Steuerreform“ oder überhaupt „Ökosteuern“ und Ähnliches noch gar nicht vorgekommen ist, wobei internationale Papiere hier ganz klar feststellen, dass das der größte Zusammenhang ist, nämlich beim gesamten Thema erneuerbare Energien und Energieeffizienz. Das heißt, wenn wir hier weiter billige Energie haben wollen, dann wird diese verschwendet werden, unabhängig davon, was wir forschen, welche Standards wir vorschreiben oder ob wir diverse neue Fördertöpfe im Energieeffizienzgesetz einrichten. Das lässt sich einfach nicht trennen. Nur wenn Energie sozusagen kostbarer wird, dann wird auch effizienter damit umgegangen, und wenn CO₂ teurer wird, dann werden CO₂-arme Technologien, und da gehören die Erneuerbaren dazu, mehr verwendet werden.

Wir haben im Herbst einen Bericht der Expertengruppe für eine Steuerreform zu erwarten, der dann politisch besprochen wird. Wir sind dabei, dort unsere Ideen einzubringen, und hoffen, dass auch in diesem Haus der Zusammenhang zwischen Energieeffizienz, erneuerbaren Energien und einer Steuerreform viel klarer gesehen wird.

Zu den Befürchtungen, die heute teilweise geäußert wurden – Standortattraktivität, soziale Gerechtigkeit, Verteilungsfrage –: Ich meine, dass das sehr berechtigte Anliegen

Mag. Erwin Mayer

sind und dass man darauf intensiv eingehen muss, aber beides ist lösbar, und es gibt da Modellfälle und andere Länder, die das vorzeigen. Das heißt, die Standortattraktivität kann in Österreich hochgehalten werden. Wir können Industrien wie die Stahlindustrie, die Zementindustrie und andere in Österreich halten und sie trotzdem mit einem CO₂-, einem Energiepreis belegen, wenn sie das an anderer Stelle in geeigneter Form wieder zurückbekommen.

Ebenso ist es bei der sozialen Frage. Gerade dann, wenn man die erneuerbaren Energien, Energieeffizienz über Steuern fördert, hat man ja auch Steuereinnahmen, und dann ist die Frage, wie man diese in die Wirtschaft rezykliert; das kann man sozial gerecht oder sozial weniger gerecht machen. Da wird es an der Arbeiterkammer, der Gewerkschaft und anderen Vertretern liegen, darauf zu achten, dass diese Gelder in einer gerechten Form zurückfließen, sodass es keine degressive Verteilungswirkung gibt.

Zur Technik, weil das angesprochen wurde – ich glaube, von einem FP-Mandatar –, zu der Aussage, dass mit Stahl immer CO₂-Emissionen einhergehen müssen und dass, wenn man Stahl sozusagen beschränkt oder mit irgendetwas belastet, die abwandern müssen oder jedenfalls die Produktion eingestellt werden muss: Dem ist nicht so. Man kann CO₂-freien Stahl herstellen, und das, ohne Österreich zu entwalden und ohne CCS hintendran, End-of-the-Pipe-Technologien zu machen. Ich möchte jetzt nicht in die Details gehen, aber das geht über die Wasserstoffschiene, über CH₄, oder es geht überhaupt über Elektrolyse, wo man Erz in Stahl und in Reststoffe trennen kann. Die Energie dafür ist sehr wohl vorhanden und machbar in Österreich. Allein für Linz bräuchten wir ungefähr 7 Terawattstunden; das ist der Stromverbrauchszuwachs von fünf bis zehn Jahren, aber das ist machbar.

Als Letztes möchte ich noch kurz darauf eingehen, dass der Marktpreis für Strom hier ebenfalls nur gestreift wurde. Er ist stark im Fallen – wir sind bei 3,3, manchmal 3,2 Cent pro Kilowattstunde –, und viele Altanlagen und vor allem die Kleinwasserkraft können mit diesem Marktpreis nicht überleben.

Es sind aber die Erneuerbaren und die Förderung für Erneuerbare selbst maßgeblich dafür verantwortlich, dass der Marktpreis so niedrig ist. Es waren nämlich nicht nur die CO₂-Preise und die billige Kohle aus den USA, sondern es war eben auch das deutsche EEG, das dazu geführt hat, dass viele Erneuerbare-Anlagen ans Netz gegangen sind, fossile und atomare sind nicht vom Netz gegangen. Jetzt haben wir Überkapazitäten in ganz Europa, und das hat den Strompreis massiv fallen lassen. Daher muss man den Erneuerbaren einen Teil dessen, was sie für einen billigeren Strom für die Industrie und teilweise auch billigeren Strom für die Haushalte geleistet haben, wieder zurückgeben.

Und da sind wir dann – und damit höre ich auf – bei den nationalen Ausgleichs- und Kompensationsmaßnahmen. Ich würde hier nicht von Förderungen, Alimenten oder dergleichen sprechen. Das ist kein Gnadentakt, sondern man muss, wenn man Klimapolitik und Anti-Atom-Politik ernst nimmt, national den Erneuerbaren das geben, was auf europäischer Ebene verabsäumt wird. Denn wenn es Europa nicht schafft, einen vernünftigen CO₂-Preis über 5 € pro Tonne zu machen, und nicht auf 30, 50 € kommt, und wenn Europa – ich habe mit Oettinger darüber gesprochen – es nicht schafft, ein vernünftiges Haftungsregime für Atomenergie einzuführen und die Endlagerkosten zu internalisieren, dann muss Österreich, wenn es sich selbst ernst nimmt, sagen: Wir geben unseren Erneuerbaren das, was Europa nicht leistet! – Danke. *(Beifall.)*

13.49

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Mag. Brunner. – Bitte.

Abgeordnete Mag. Christiane Brunner

13.49

Abgeordnete Mag. Christiane Brunner (Grüne): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Sehr geehrte Expertinnen und Experten! Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Organisation dieser wichtigen Veranstaltung! Ich denke, ein Beitrag, den wir alle hier ganz rasch zur Energiewende oder zum Energiesparen leisten könnten, wäre, das Licht abzudrehen. Ich glaube, zu dieser Tageszeit in diesem Monat brauchen wir nicht unbedingt künstliches Licht hier im Saal.

Ich bin überzeugt davon, die Energiewende wird sich durchsetzen. Ich glaube aber trotzdem, die nächsten Jahre werden entscheidend dafür sein, wie sich die Energiewende gestalten wird, und es ist, glaube ich, unsere Aufgabe als EntscheidungsträgerInnen, hier die offenen Fragen aufzuzeigen und zu beantworten.

Ein Problem ist, dass es vielfach Bekenntnisse zur Energiewende gibt, dazu, dass sich die Energiewende durchsetzen soll, dass wir erneuerbare Energien wollen, dass aber die Handlungen, die Entscheidungen, auch hier im Haus, und die Rahmenbedingungen, die diesbezüglich gesetzt werden, nicht so konsequent durchgeführt werden, wie man das erwarten würde oder wie es notwendig wäre.

Wie gesagt, die nächsten Jahre werden sicher entscheidend dafür sein, wie die Energiewende kommen wird, in den Regionen, aber auch auf nationaler Ebene, auf EU-Ebene und auf globaler Ebene. Der Klimawandel ist voll im Gange, das ist unbestritten. Wenn wir das Zwei-Grad-Ziel halbwegs ernst nehmen, dann müssen wir jetzt beginnen, CO₂ einzusparen und die Energiewende konsequent umzusetzen. Da wird das Klima- und Energiepaket, das die EU für die nächsten Jahre beschließen wird, sehr, sehr entscheidend sein.

Die EU hat in diesem Zusammenhang in den letzten Jahren leider nicht die vielfach zitierte Vorreiterrolle eingenommen, sie hat bei den Klimakonferenzen *nicht* die entsprechende Vorreiterrolle eingenommen. Ich bin überzeugt davon, dass das notwendig sein wird, um international etwas in Gang zu bringen, um Bewegung in die Klimaverhandlungen zu bringen – die Vorreiterrolle der Europäischen Union, weil die Europäische Union es kann, weil die Europäische Union eine Verpflichtung hat, eine historische Verpflichtung, eine globale Verpflichtung, und weil wir auch die Technologien und das Kapital dazu haben.

Auch Österreich hat diese Rolle leider nicht immer wahrgenommen. Da die Funktion eines Schrittmachers angesprochen wurde: Ich denke, Schrittmacher sollten zumindest in die richtige Richtung laufen. Das hat Österreich bei Kyoto leider nicht geschafft.

Mir geht es darum, dass wir im Zusammenhang mit der Energiewende nicht immer darüber reden, warum etwas nicht geht, sondern darüber, wie es geht. Ich denke, ja, es wird Industrien geben, die dadurch vielleicht belastet werden, aber dann reden wir darüber, wie wir unter der Bedingung eines ambitionierten Klima- und Energiepaketes Industrien in Europa und in Österreich halten können! Ja, es gibt Ökostromzuschläge für KonsumentInnen, aber dann reden wir ehrlicherweise auch darüber, wie KonsumentInnen, wie BürgerInnen durch Importe von fossilen Energien, durch Strafzahlungen bei Kyoto, durch Gesundheitskosten, die fossile Energiesysteme verursachen, belastet sind!

Ich gebe auch zu, im Zusammenhang mit der Energiewende sind noch viele Fragen offen: Wie gestalten wir Märkte? Wie gestalten wir Netze? Wie gestalten wir das System in ein System für Erneuerbare um? Man kann erneuerbare Energieträger nicht in ein fossiles System pressen. Die Fragen beim fossilen System sind aber beantwortet: Es ist klar, das fossile System zerstört unsere Ozeane, es zerstört unsere Umwelt, ganze Landstriche sind nicht mehr bewohnbar, es verursacht Kosten und es kann so nicht aufrechterhalten werden, deswegen muss die Energiewende eine Systemwende sein, hin zu dezentraler Energieversorgung.

Abgeordnete Mag. Christiane Brunner

Das Energieeffizienzgesetz wurde angesprochen. Warum kann man nicht die Frage stellen, ob ein Gasthaus unbedingt Schnitzel verkaufen muss. Die eigentliche Frage sollte doch sein: Wie ernähre ich meine Kunden? Energieversorger könnten ja durchaus auch Energiedienstleister werden und warme Wohnungen zur Verfügung stellen, anstatt Wärme zu verkaufen. Vielleicht müssen wir manche Sachen einfach nur anders denken.

Ich bin überzeugt davon, dass die Energiewende notwendig ist, dass sie gerade für Österreich auch eine enorme Chance sein kann, dass Österreich da auch international profitieren kann und sollte.

Hier in diesem Haus können wir in Kürze, abgesehen vom Abschalten des Lichtes, einen größeren Beitrag zur Systemwende leisten, nämlich mit einem ambitionierten und effektiven Energieeffizienzgesetz, das das wichtigste Kraftwerk fördert, um das es uns geht: Jede Kilowattstunde, die wir einsparen können, hilft uns, die Energiewende zu erreichen. Und wenn ich die heutigen Bekenntnisse ernst nehme, dann bin ich zuversichtlich, dass wir das bis zum Sommer schaffen werden. – Danke. *(Beifall.)*

13.54

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Wir kommen zum nächsten Redner: Herr Bundesrat Tiefnig. – Bitte.

13.54

Bundesrat Ferdinand Tiefnig (ÖVP, Oberösterreich): Zuerst ein herzliches Grüß Gott! Es ist heute ein sehr energiegeladenes Podium gewesen. Gratulation den Referentinnen und Referenten! Aber auch ein Dankeschön all jenen, die in den vergangenen Jahren im Biomassebereich Pioniere waren! Auch in Oberösterreich gab es viele Pioniere im Bereich Biomasse, und genau diese Pioniere haben jetzt den Durchbruch im Wärmebereich erreicht. Vielleicht ist auch im Biomassebereich noch mehr möglich, nämlich wenn es darum geht, nicht nur Wärme, sondern auch Strom zu erzeugen, bei den Heizkesselherstellern. Das Wichtigste insgesamt war, dass hier Arbeitsplätze geschaffen wurden, in Oberösterreich sogar ziemlich viele.

Wie schon eine Vorrednerin gesagt hat: Das Industrieland Oberösterreich ist in der Vergangenheit ein Biomasseland gewesen und wird es auch in Zukunft sein. Wir werden auch in Zukunft in diese Richtung investieren.

Ein Punkt, der heute noch nicht angesprochen worden ist, ist der Bereich Photovoltaik. Im Zusammenhang mit dem Photovoltaik-Bereich wird immer davon gesprochen, dass so viel Energie aufgewendet werden muss, um diese Siliziumzellen herzustellen. Ich selbst habe bei der Firma Wacker Chemie in Burghausen gearbeitet, habe diese Zellen selbst hergestellt. 95 Prozent dieser Photovoltaik-Anlagen sind recycelbar. Was ist bei der Atomenergie recycelbar?

Ich denke daher, dass wir auf dem richtigen Weg unterwegs sind. Wir werden das langsam weiterentwickeln.

Die globale Entwicklung zeigt uns auch, wie schon Vorredner gesagt haben, wohin die Wirtschaft tendiert. Wenn die USA mit einem Projekt auch im Biomassebereich auf Schiene sind, dann wird sehr stark in die Offensive gegangen, ob das bezüglich Biogas oder Ethanol ist. Europa ist immer zuerst unsicher, dann entwickeln wir etwas, dann gehen wir noch einmal zurück, aber vielleicht können wir doch auch den nächsten Schritt in Richtung Energieunabhängigkeit gehen.

Ich bin überzeugt davon, Europa ist der Kontinent, der zurzeit am meisten zur Klimaneutralität beiträgt. Schauen wir uns nur den CO₂-Ausstoß in Asien, in Südamerika oder in den USA an! Kanada ist aus dem Kyoto-Abkommen ausgestiegen. Wir befinden uns auf dem richtigen Weg, wir müssen diesen Weg jedoch weiter verfolgen.

Bundesrat Ferdinand Tiefnig

Dr. Scheer hat einmal bei einer Veranstaltung in Bayern gesagt: Wir können den Chinesen nicht vorschreiben, was sie machen dürfen, denn wir haben das in der Vergangenheit gemacht. Wir müssen ihnen zeigen, was sie in Zukunft machen sollen, damit sie auch diesen Weg beschreiten können.

In diesem Sinne: Herzliche Gratulation zu dieser Veranstaltung! *(Beifall.)*

13.57

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Als Nächste zu Wort gelangt Frau Dr. Schuster. – Bitte.

13.57

Dr. Martina Schuster (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft): Danke, dass ich aus der Sicht des Umweltministeriums auch noch auf zwei Aspekte besonders hinweisen darf.

Für uns ist der Zusammenhang zwischen Klima- und Energiepolitik nicht nur unleugbar, sondern in der Maßnahmensetzung auch unabdingbar, denn – das ist heute schon einige Male gesagt worden – Energiepolitik ist enorm notwendig, hat Einfluss auf die Bevölkerung, hat Einfluss auf unser Leben. Aber natürlich hat auch der Klimawandel Einfluss auf unser Leben. Die meisten Emissionen, die zum Klimawandel beitragen, kommen aus der Energieaufbringung und sind letztendlich durch die Energieverwendung hervorgerufen.

Das heißt, wenn wir auf EU-Ebene von einer Zieltrias sprechen, von den Zielen der Erneuerbaren, der Energieeffizienz und den Klimazielen, so hängen diese unmittelbar miteinander zusammen. Ich finde es immer schwierig – oft hat man Trade-offs bei Trias, aber in diesem konkreten Fall hat man keinen Trade-off, sondern in diesem konkreten Fall passt es ganz genau zusammen. In dem Moment, in dem ich weniger Energie verwende, habe ich automatisch weniger CO₂-Emissionen und ganz automatisch auch einen höheren Anteil Erneuerbarer, denn das sind Relativzahlen.

Deshalb ist uns Folgendes wichtig: Selbst wenn man ein Ziel von 34 Prozent Erneuerbarer hat, heißt das implizit, man hat das Ziel, die anderen Energieträger zu reduzieren. Dieses Ziel wird nicht nur dadurch erreicht, dass man Erneuerbare ausbaut, sondern auch dadurch, dass man den Energieeinsatz reduziert und möglicherweise auch die Förderung anderer Energieträger einstellt oder Rahmenbedingungen, die es gibt, um diese Förderung zu erleichtern, ändert.

Das heißt, dieser Zusammenhang auf EU-Ebene zwischen Klima und Energie bedeutet, dass es auch in Österreich ein gemeinsames Paket geben muss, Energie- und Klimastrategie, dass man synergistische Ziele einfach mit synergistischen Maßnahmen verfolgen muss. Ich hoffe, dass unsere Volksvertretung beim Beschluss aller Gesetze, die in nächster Zeit in diesem Zusammenhang zu verabschieden sind, auf diese Gemeinsamkeit achtet. – Danke schön. *(Beifall.)*

14.00

Vorsitzender Vizepräsident Mag. Harald Himmer: Frau Dr. Schuster war die letzte Rednerin. Wir könnten nicht perfekter in der Zeit liegen, dafür bedanke ich mich bei Ihnen allen und übergebe den Vorsitz zurück an den Herrn Präsidenten.

Präsident Michael Lampel *(den Vorsitz übernehmend)*: Vielen Dank für die Moderation.

Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, schließe ich die Debatte.

Schlussworte des Präsidenten

Vorsitzender Präsident Michael Lampel: Ich bedanke mich bei allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern dieser Energie-Enquete für das große Interesse, das Sie gezeigt haben, und für die wertvollen Diskussionsbeiträge.

Vorsitzender Präsident Michael Lampel

Die Beiträge haben gezeigt, dass die Bundesländer sehr innovativ sind, um ihre regionalen Stärken und Potenziale zu nützen, um die vorhandenen Ressourcen bestmöglich einzusetzen; die Beiträge haben aber auch gezeigt, dass wir gefordert sind, gemeinsam die entsprechenden Rahmenbedingungen für die Energiewende zu schaffen, sei es im Bereich der Mobilität, der Energieeffizienz, der Versorgungssicherheit, Ausbau der erneuerbaren Energie und so weiter.

Wichtig ist – und damit will ich auch zum Schluss kommen, ich halte mich da an die Aussage von Hermann Scheer –, die Energiewende „ist ein Wettlauf mit der Zeit – aus ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen.“

Ich bedanke mich noch einmal ganz herzlich für Ihr Kommen und wünsche Ihnen noch angeregte Diskussionen bei einer Erfrischung im Vorraum und einen schönen Tag!
(*Beifall.*)

Die Enquete ist **geschlossen**.

Schluss der Enquete: 14.02 Uhr

Impressum:

Parlamentsdirektion

1017 Wien